



MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT  
HALLE-WITTENBERG

HALLISCHE BEITRÄGE ZUR ZEITGESCHICHTE

2006/1

## **Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte**

2006/1 (Heft 16)

mit Beiträgen von

Jeremy Krikler, Michael Lemke, Michael Ploenus, Thomas  
Pruschwitz, Inga Grebe und Jana Wüstenhagen

## **Inhalt**

Zehn Jahre „Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte“ .....5

## **Aufsätze**

### **Jeremy Krikler**

*Constraints upon popular racial killing: a South African case* .....7

### **Michael Lemke**

*Der Ost-West-Konflikt und die Sowjetisierung der SBZ/DDR.*

*Ergebnisse, Probleme und neue Fragen* .....33

### **Michael Ploenus**

*Wie der Marxismus-Leninismus aus den Universitäten der DDR*

*verschwand. Das Beispiel Jena* .....66

## **Berichte, Interviews, Informationen**

### **Thomas Pruschwitz**

*Im Gespräch: Heinz Schwarz* .....90

### **Inga Grebe / Jana Wüstenhagen**

*Historische Quellensuche in Lateinamerika. Noch immer ein*

*Abenteuer? Zwei Erfahrungsberichte aus Chile und Argentinien* .....100

*Resümees / Abstracts* .....115



## Zehn Jahre „Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte“

Vor zehn Jahren, im Frühjahr 1996, erschienen die „Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte“ zum ersten Mal. Die Herausgeber haben das Jubiläumsjahr 2006 zum Anlass genommen, um einige Veränderungen zu realisieren, die bereits mit dem Begründer der Reihe – dem leider viel zu früh verstorbenen Zeithistoriker Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper – diskutiert worden waren. Der neu gestaltete Einband in den Farben der Universität soll die „Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte“ noch stärker in die Wahrnehmung der wissenschaftlichen Institutionen und Bibliotheken rücken. Diesem Ziel dient auch die Präsenz im Internet. Interessierte Leser können sich künftig unter [www.geschichte.uni-halle.de/halbz/halbz](http://www.geschichte.uni-halle.de/halbz/halbz) in deutscher und englischer Sprache über die Geschichte und Schwerpunkte der Reihe sowie über Kontaktmöglichkeiten informieren. Außerdem sind dort die Inhaltsverzeichnisse aller bislang erschienenen Hefte abrufbar. Beginnend mit dem vorliegenden Heft werden in allen zukünftigen Ausgaben auch kurze Zusammenfassungen zu den einzelnen Beiträgen online veröffentlicht. Bei allen Neuerungen hält die Reihe an ihrem bekannten Konzept fest. Sie will in den einzelnen Ausgaben auch weiterhin die Breite und Vielfalt der zeitgeschichtlichen Forschung widerspiegeln. Wie bisher werden vorrangig Beiträge vorgestellt, die auf der Grundlage noch nicht veröffentlichter Quellen basieren. Zusätzlich sollen aber verstärkt die Ergebnisse von Wissenschaftlern außerhalb Deutschlands berücksichtigt werden, die sich der Untersuchung zeitgeschichtlicher Themen seit 1917 widmen.

Das vorliegende Heft ist – und darin folgt es der Tradition der Vorjahre – eine Plattform für gestandene Historiker sowie junge Nachwuchswissenschaftler. *Jeremy Krikler* stellt in seinem Beitrag das Thema Gewalt in den Mittelpunkt. Er fragt nach den Faktoren, die Gewalt begrenzen. Am Beispiel eines Streiks weißer Minenarbeiter in Südafrika 1922, der sich zu Kämpfen mit der schwarzen Bevölkerung ausweitete, argumentiert er, dass es vor allem die persönlichen Alltagsbeziehungen zwischen Schwarzen und Weißen waren, die eine Dämonisierung der schwarzen Mitbürger verhinderten. Daraus erwuchs, so Krikler, eine gegenseitige Vertrautheit, die wesentlich dazu beitrug, dass die Gewaltbereitschaft der weißen Angreifer nicht weiter eskalierte. Krikler fordert ausdrücklich zu weiteren vergleichenden Arbeiten zum Thema auf. Auch *Michael Lemke* macht in seinem Beitrag auf die Bedeutung vergleichender Forschung aufmerksam – allerdings in einem anderen Zusammenhang. Er beschäftigt sich am Beispiel der SBZ/DDR mit Fragen der Sowjetisierung nach 1945. Im Zentrum stehen Ziele, Strukturen, Methoden und Wirkungsweisen der Sowjetisie-

rung sowie die Interessen, Handlungsspielräume und Interaktionen der sie tragenden und der von ihr betroffenen Kräfte. Die Forschung sollte, so Lemkes Argumentation, stärker vergleichende Analysen vorlegen und damit zur Internationalisierung und Verortung des Phänomens Sowjetisierung im Kalten Krieg beitragen. *Michael Ploenus* spricht in seinem Beitrag einen Aspekt an, der als Teil des Sowjetisierungsprozesses in der DDR zu werten ist, die Durchdringung der Hochschullebens mit dem Marxismus-Leninismus. Dafür zeichneten eigens errichtete Abteilungen, Institute bzw. Sektionen verantwortlich. Sein Beitrag geht am Beispiel der Universität Jena dem Verschwinden dieser universitären Lehr- und Propagandaabteilungen im Zuge der „Wende“ nach. Für Halle müsste erst noch untersucht werden, ob Ploenus Recht hat, wenn er Jena als paradigmatisch für vergleichbare Einrichtungen in der DDR bezeichnet. Mit dem Zeitzeugeninterview von *Thomas Pruschwitz* wird eine Rubrik wiederbelebt, die eine zeitlang regelmäßig in unserer Reihe vertreten war. Anlass war die Veröffentlichung der Memoiren von Heinz Schwarz. Der SED-Funktionär und langjährige Generaldirektor des Chemiekombinats Bitterfeld gibt detaillierte Einblicke in die Wechselwirkungen zwischen Staatssicherheit, Staats- und SED-Funktionären in einem der führenden chemischen Großbetriebe der DDR. Seine Betrachtungen bieten Gesprächsstoff für weitere Forschungen über die Träger des SED-Staates unterhalb der obersten Führungsebene. *Inga Grebe* und *Jana Wüstenhagen* lenken die Aufmerksamkeit auf den – im deutschsprachigen Raum – noch relativ wenig bekannten Forschungsraum Lateinamerika. Im Mittelpunkt stehen archivalische Quellen für die Zeit nach 1945 in Chile und Argentinien. Ihr Fazit ermuntert zu weiteren Untersuchungen: Trotz aller noch bestehenden Hindernisse haben sich die Bedingungen für Forschungen in und über Lateinamerika in den letzten zehn Jahren zum Teil erheblich verbessert. Die Herausgeber wünschen wie immer eine anregende Lektüre.

Halle (Saale) im Mai 2006

Jana Wüstenhagen und Daniel Bohse

# **Der Ost-West-Konflikt und die Sowjetisierung der SBZ/DDR. Ergebnisse, Probleme und neue Fragen**

*von Michael Lemke*

Der folgende Beitrag thematisiert am Beispiel der SBZ/DDR das Problem der vor allem im europäischen Herrschaftsbereich der UdSSR signifikanten Sowjetisierung nach 1945 sowie, auf der Interpretationsebene, einige Spezifika und Tendenzen der Sowjetisierungsforschung. Im Vordergrund stehen, nach einigen notwendigen Begriffsklärungen, die Ziele, Strukturen, Methoden und Wirkungsweisen der Sowjetisierung wie auch die Interessen, Handlungsspielräume und Interaktionen der sie tragenden und der von ihr betroffenen Kräfte.

Als eine zentrale Analysekategorie werden Wechselwirkungen gewählt – innerdeutsche, aber auch internationale. Methodisch gewinnt der Vergleich weiterhin an Bedeutung. Er berührt zum einen die Frage nach der Einbettung der ostdeutschen in europäische, möglicherweise auch außer-europäische Sowjetisierungsprozesse und bleibt zum anderen mit dem Problem verbunden, inwiefern sie auch für andere Weltregionen belegt und erforscht sind. Bislang liegen, wenngleich in unterschiedlicher Qualität und Quantität, einige Erkenntnisse über die europäischen Satellitenstaaten der Sowjetunion vor. Gab es aber auch Beispiele einer – möglicherweise nur partiell oder in Ansätzen vorhandenen Modellübertragung in Asien – etwa in Korea, Vietnam und vielleicht in China? Wie steht es mit Kuba sowie mit anderen Staaten, die dem Zeitgeschichtler unter dieser Fragestellung zunächst nicht einfallen mögen?

Im Folgenden soll auf der Basis der ausgewählten Untersuchungen im Rahmen der DDR/SBZ zu einem weitergehenden inner-ostdeutschen Sowjetisierungs-Vergleich und bezüglich Westdeutschlands zum Vergleich mit der „Amerikanisierung“ beigetragen werden. Gleichzeitig werden – im bescheidenen Umfang – Fragen und Vorschläge entwickelt, die zur Internationalisierung und Verortung des Phänomens Sowjetisierung im Kalten Krieg beitragen könnten.

Ob und inwiefern es schon vor der Sowjetisierung nach 1945 in der Weltgeschichte Formen von strukturell ähnlichen Modellübertragungen gegeben hat, bleibt eine interessante Frage, der hier freilich nicht nachgegangen werden kann.

## *I. Sowjetisierung als europäische Nachkriegerscheinung. Begriff und Fragestellung*

Die Sowjetisierung als ein mehrdimensionales Nachkriegsphänomen ist auf das Engste mit der Entwicklung des Ost-West-Konflikts verbunden, mit dem sie vor allem in der Phase des Kalten Krieges in einem intensiven Wechselverhältnis stand. Wie bereits angedeutet, betraf sie vorrangig die europäischen Satellitenstaaten der UdSSR. Sie verlief in diesen, historisch zumeist sehr jungen, Nationalstaaten höchst unterschiedlich und doch in vielem ähnlich.

Jede Definition von „Sowjetisierung“ ist bislang zu Recht von der Übertragung und Übernahme des sowjetischen Modells<sup>1</sup> auf die Verhältnisse von Staaten im Machtbereich der UdSSR, von der Angleichung nicht-sowjetischer nationaler Gesellschaften an das sowjetische Vorbild ausgegangen. Der Begriff Sowjetisierung steht demnach für strukturelle, funktionale, institutionelle und geistig-kulturelle Prozesse, die auf eine fundamentale Veränderung traditioneller nationaler Gesellschaften und Politik im Sinne der kommunistischen Diktatur sowjetischer Prägung abzielten. Zwar funktionierte „Sowjetisierung“ lange Zeit als ein Kampfbegriff des Kalten Krieges, doch erfasst er – inzwischen weit gehend entemotionalisiert – das Wesen des historischen Prozesses m. E. begrifflich prägnant. Sowohl die ältere als auch die neuere und neueste Forschungsliteratur verwendet ihn. Sie geht übereinstimmend davon aus, dass in jedem europäischen Fall ein Spannungsverhältnis zwischen sowjetischen Einwirkungen und spezifischen, in sich differenzierten nationalen Interessen bestand. Auch scheint es inzwischen klar zu sein, dass die Analyse eine Abgrenzung des Begriffes Sowjetisierung von den verwandten Termini „Stalinisierung“, „Bolschewisierung“ und „Gleichschaltung“ verlangt, die manchmal noch synonym gebraucht werden. Mit „Stalinisierung“ wird sowohl die mit dem Wirken Stalins verbundene Ausprägung der KPdSU und der kommunistischen Diktatur in

---

<sup>1</sup> Vgl. u.a. Michael Reiman: „Sowjetisierung“ und nationale Eigenart in Ostmittel- und Südeuropa. Zu Problem und Forschungsstand, in: Hans Lemberg unter Mitwirkung von Karl von Delhaes u.a. (Hg.): Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, Limburg/Lahn 1991, S. 3; Hans Lemberg: Sowjetisches Modell und nationale Prägung: Resümee einer Diskussion, in: ebenda, S. 357-366; Georg von Rauch: Sowjetrussland von der Oktoberrevolution bis zum Sturz Chruschtschows 1917-1964, in: Handbuch der Europäischen Geschichte, hrsg. von Theodor Schieder, Bd. 7, Stuttgart 1992<sup>2</sup>, S. 481-521; Ernst Birke, Rudolf Neumann u.a. (Hg.): Die Sowjetisierung Ostmitteleuropas. Untersuchungen zu ihrem Ablauf in einzelnen Ländern, hrsg. im Auftrag des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates, Frankfurt/M. 1959.

der UdSSR vom Ende der 1920er Jahre bis etwa 1953/54 erfasst als auch die Periode des sowjetischen Einflusses auf die europäischen Staaten im Machtbereich der Sowjetunion vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Tod des Diktators. Für diesen Zeitabschnitt und für dieses Territorium korrespondieren die Begriffe Stalinisierung und Sowjetisierung weitgehend. Doch erscheint der Terminus „Sowjetisierung“ für die Bezeichnung von Übertragungs- und Übernahmeprozessen zum einen deshalb geeigneter, weil sich diese nach 1953 fortsetzten. Zum anderen ist er komplexer und reduziert das System begrifflich nicht auf die Person (Stalin), die es symbolisierte. Der Vf. erachtet es aber als zweckmäßig, die Umwandlung kommunistischer in stalinistische Parteien „neuen Typs“ nach 1945 als Stalinisierung zu bezeichnen, da diese die wichtigste Voraussetzung für die Sowjetisierung von Gesellschaft und Staatswesen der betreffenden Länder und ihr Kern war. Hingegen verbietet sich der Terminus „Bolschewisierung“ in unserem Zusammenhang, weil er auf die Charakterisierung der russischen, deutschen<sup>2</sup> u.a. kommunistischen in „bolschewistische“, d.h. leninistische Parteien festgelegt ist. Das Nomen „Gleichschaltung“ als allgemeine Bezeichnung für die Nivellierung und Entdifferenzierung von Politik und Gesellschaft sollte für die sowjetisch dominierten europäischen Staaten nicht verwendet werden, weil es zum Begriff für strukturelle Veränderungen der Innenpolitik des deutschen Nationalsozialismus nach 1933 geworden ist. Das schließt freilich die Verwendung des Begriffs „Gleichschaltung“ für konkrete Vorgänge der Sowjetisierung nicht aus.

Was waren die systemspezifischen Konstanten der Sowjetisierung und was deren Variablen? In welchem Maße gingen nationale Modifikationen von Sowjetisierung aus zweckrationalen oder anderen Gründen von Moskau selbst und/oder von den Verhältnissen in den einzelnen Staaten aus? Wie verhielten sich die systemspezifischen Grundstrukturen und Funktionen des sowjetischen Herrschaftstyps und die nationalen Besonderheiten von Herrschaft und Macht und wie deren sowjetische und nationale Träger zueinander? Mit diesen Fragen verknüpft sich ein übergreifendes

---

<sup>2</sup> Hermann Weber spricht sowohl von einer Stalinisierung der kommunistischen Parteien in den zwanziger Jahren als auch von deren „Bolschewisierung“ in der Zeit von 1924/25. Unter „Bolschewisierung“ verstanden KPdSU, Komintern und radikale KPD-Führer vor allem den ideologischen Kampf gegen „Luxemburgismus“ und „Trotzkismus“. Vgl. Hermann Weber: Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht. Wandlungen des Kommunismus in Deutschland, Hannover 1970, S. 47-75, hier besonders S. 49-54.; Harold Hurwitz geht ebenfalls vom Terminus Stalinisierung für die Entwicklung der SED zur Partei „neuen Typs“ nach 1946 aus. Vgl. ders.: Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946-1949, Opladen 1997.

Problem: Was war per definitionem und in praxi Sowjetisierung und was lediglich sowjetischer Einfluss?

Die Grenzen beider Erscheinungen sind fließend, Trennlinien verschwimmen. Natürlich stellte der sowjetische Einfluss eine Voraussetzung und einen Begleitumstand für Sowjetisierung dar, ist aber nicht mit ihr identisch.<sup>3</sup> Die Sowjetisierung als Transformationsprozess war zeitlich begrenzt. Sie flachte offenbar in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ab und lief dann in den einzelnen Staaten, zu Zeitpunkten, die näher zu bestimmen sind, allmählich aus. Der sowjetische Einfluss bestand jedoch bis zum Ende der achtziger Jahre fort. Eine Schwierigkeit der Unterscheidung beider Prozesse ergibt sich vor allem aus der nicht unbegründeten Annahme, dass in bestimmten Perioden der Nachkriegsentwicklung im Ostblock jede Form sowjetischer Einflussnahme im generellen Kontext der Sowjetisierung zumindest indirekt auf sie hinauslaufen und deren Habitus annehmen musste.

Die Untersuchung des Problems der Sowjetisierung kommt nicht ohne den, auf neuem nationalen Quellenmaterial und neuen Erkenntnissen der Forschung in den einzelnen Staaten basierenden, innersystemischen Vergleich aus. Vor allem aber muss die Analyse das Wechselverhältnis von Sowjetisierung und Kaltem Krieg berücksichtigen. In welchem Maße verursachte und beschleunigte Sowjetisierung konfrontative Prozesse, stellte sie ein aktives oder reagierendes Moment des Ost-West-Konflikts nach 1945 dar? Damit verbunden bleibt auch die Frage nach der Entwicklung einer vor allem durch internationale Faktoren bedingten Eigendynamik der Sowjetisierung im Kalten Krieg. Die Analyse dieser komplexen Erscheinung bedarf überdies einer exakten Periodisierung. Die intensivste Phase wird in allen betroffenen Staaten – mit Zeitversetzungen – in den Jahren zwischen 1947 und 1953 zu finden sein. Als Ausgangspunkt bietet sich die Frage nach den keineswegs statischen Interessen der UdSSR in den einzelnen Ländern an. Welche politischen, strategischen und wirtschaftlichen Ziele, aber auch historischen und mentalen Motive leiteten Moskau? Zum anderen ist natürlich den unterschiedlichen Ausgangslagen und den nicht konstanten und sehr differenzierten nationalen Dispositionen für die Sowjetisierungsprozesse nachzugehen: Was legitimierte sie? Wer begrüßte oder tolerierte sie aus welchen Gründen, wo artikulierten sich passive Resistenz und aktiver Widerstand? Zeigten sich Inkubationsperioden, mögliche retardierende Momente oder gar rückläufige Tendenzen einer Sowjetisierung? Und: Auf welchen Wegen setzte die UdSSR Sowjetisierungs-

---

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Überlegungen von Jan Foitzik: Sowjetische Hegemonie und Kommunismus in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37-38/96, S. 29-37, hier besonders S. 36.

absichten durch? Betrachtet man den Gesamtprozess mehr vom Ende her, so stellt sich auch die Frage, inwiefern Sowjetisierung in den einzelnen Staaten zu einem Identitätswandel der Völker und Gesellschaften beigetragen hat. Was ist von der Sowjetisierung geblieben?

## *II. Sowjetisierung und Amerikanisierung*

Konrad H. Jarausch und Hannes Siegrist sprechen in einem Band aus dem Jahre 1997 von Amerikanisierung und Sowjetisierung als zwei die „deutsche Nachkriegsgeschichte dominierende[n] Richtungen“, die aus einem vergleichenden Blickwinkel und aus beziehungsgeschichtlicher Perspektive betrachtet werden müssten.<sup>4</sup> Amerikanisierung und Sowjetisierung sind einander entgegengesetzte Begriffe, die jedoch zueinander in einem Abhängigkeits- und Ergänzungsverhältnis stehen. Doch versteht man Sowjetisierung wie definiert, so ist zu bezweifeln, dass es sich bei der Amerikanisierung tatsächlich um das Gegenstück zur Sowjetisierung handelt. Was waren deren Grundlagen? Vergleichbar ähnlich waren nach dem Mai 1945 die Ausgangssituationen in beiden Teilen Deutschlands, bei dem es sich um ein besiegtes und ein besetztes Land handelte. Bis 1949 herrschten die Besatzungsmächte per Militärverwaltungen unumschränkt. Nach den deutschen Staatsgründungen kontrollierten die Westmächte die Entwicklung der Bundesrepublik bis 1955 auf der Rechtsgrundlage eines Besatzungsstatuts. Die UdSSR verhielt sich im Prinzip nicht anders, wenngleich sie aus propagandistischen Gründen auf eine ähnliche Regelung verzichtete. Im Westen bildeten die drei hohen Kommissare, im Osten die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) eine Art „Überregierung“. Dabei ist hier wie dort zu unterscheiden zwischen „purem“ Besatzungsdirigismus und dem Bestreben, Deutschland – oder jeweils einen Teil davon – nach dem eigenen Bilde auf Dauer zu prägen. Was war bloße Verwaltung des deutschen Alltags und was Gestaltung deutscher Verhältnisse im Sinne der Schaffung eines Alter ego der jeweiligen Besatzungsmacht?

Natürlich kann gefragt werden, inwiefern die Gestaltung Ostdeutschlands nach dem Bilde der UdSSR in dem Bemühen der USA, das westliche liberale Demokratie- und Staatsmodell in Westdeutschland durchzusetzen, eine Entsprechung fand. Unstrittig ist, dass die Sowjetisierung der SBZ/DDR ohne die Präsenz sowjetischer Truppen nicht denkbar gewesen wäre. Doch in welchem Maße und in welchen Bereichen setzte eine Amerikanisierung tatsächlich noch Besatzung und militärische Präsenz voraus? Es ist

---

<sup>4</sup> Konrad H. Jarausch, Hannes Siegrist (Hg.): *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970*, Frankfurt/M. 1997, S. 12f.

eben nicht nur die Frage nach den Zielen und Inhalten der Einwirkung, sondern auch nach deren Modi interessant. Die sowjetische deutschlandpolitische „Globalsteuerung“ vollzog sich vorrangig dirigistisch, die amerikanische wohl mehr „sanft“, kooperativ und über wirtschaftliche Mechanismen.<sup>5</sup> Während es im Verhältnis der DDR zu ihrem sowjetischen Bündnispartner keine Rückkopplungen gab, flossen Elemente von Politik, Wirtschaft und Kultur der Bundesrepublik in die Gesellschaften der USA, Englands, Frankreichs u.a. unterschiedlich stark ein. Schließlich bleibt die Tatsache bestehen, dass bei allem spezifisch Amerikanischen in den Einflüssen auf die Bundesrepublik aus den Deutschen Westeuropäer wurden und ihr Staat ein „westeuropäisches“ Land geworden ist.<sup>6</sup> In die Entwicklung von Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik fanden verschiedene westliche Einflüsse Eingang, die m.E. besser durch den Begriff „Verwestlichung“ als durch „Amerikanisierung“ zu fassen sind. Diese Verwestlichung der Bundesrepublik, die letztlich mit zu einer Erneuerung der deutschen Gesellschaft führte, stellte keine Einbahnstraße dar.

Das berührt eine ebenfalls systemübergreifende Frage: In welchem Umfang wurden den politischen Klassen in Ost- und Westdeutschland fremde Vorstellungen und politische Leitbilder oktroyiert und in welchem Maße übernahmen sie diese freiwillig? Das Problem setzte sich auch nach „unten“ fort. Wie stark war die Bereitschaft der Bevölkerung in beiden deutschen Staaten, äußeren Druck zu tolerieren, wenn sich – zumindest in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre – dadurch z.B. bestimmte Lebenschancen zu vergrößern schienen?

### *III. Eigenständigkeit und Handlungsspielräume der SBZ/DDR*

Von Anfang an befand sich die SBZ/DDR in einem Spannungsverhältnis zwischen Sowjetisierung bzw. sowjetischem Einfluss und der Anziehungskraft der Bundesrepublik. Sowjetische Bestimmung und bundesdeutscher „Magnetismus“ definierten die Handlungsspielräume der SED entscheidend und beeinflussten auch die Entwicklung ihrer Eigenständigkeit. Bei der Analyse der Maßnahmen der Sowjetisierungspolitik in den verschie-

---

<sup>5</sup> Vgl. Ludolf Herbst: *Option für den Westen. Vom Marshallplan zum deutsch-französischen Vertrag*, München 1989, S. 46f; Hermann-Josef Rupieper, *Amerikanisierung in Politik und Verwaltung Westdeutschlands. Ein problematisches Konzept*, in: Jarausch/Siegrist, *Amerikanisierung und Sowjetisierung*, S. 49-65.

<sup>6</sup> Vgl. Hans-Peter Schwarz: *Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt*, in: Ludolf Herbst u.a. (Hg.): *Vom Marshallplan zur EWG*, München 1990, S. 612.

denen Stadien des Ost-West-Konfliktes muss natürlich immer von den deutschlandpolitischen *Zielen* der UdSSR ausgegangen werden. Sie bildeten den Rahmen für die Entwicklung von Handlungsspielräumen, die wiederum einen wichtigen Schlüssel und einen Indikator für die Definition des Grades und des Verlaufs von Sowjetisierungen abgaben. In welchem Maße gewährte die sowjetische Führung Freiräume oder ergaben sie sich aus dem historischen Prozess, und wie wurden sie von der SED genutzt? Die Ausleuchtung dieser Spielräume trägt zur Bestimmung der spezifischen Ziele und Interessen aller beteiligten Kräfte und zur Beantwortung von Fragen nach möglichen temporären und partiellen Alternativen für die SED bei.

Auch daraus ergibt sich das Problem einer genaueren Definition von SED-Interessen und von ostdeutscher Eigenständigkeit. Sie ist keinesfalls mit Unabhängigkeit zu verwechseln. Während Eigenständigkeit im Begriff der Unabhängigkeit eingeschlossen ist, sind Elemente von Unabhängigkeit nur bedingt im Begriff der Eigenständigkeit enthalten. Der Terminus macht nur Sinn, wenn man davon ausgeht, dass die SED/DDR prinzipiell in einem politischen Unterordnungsverhältnis zur UdSSR stand. Eigenständigkeit signalisiert die Fähigkeit der SED zur weitgehend freiwilligen Unterordnung unter die Moskauer Interessen und einen hohen Grad der Verinnerlichung von Sowjetisierung als das den Charakter und den Zielen der SED gemäße, als das für die deutsche Entwicklung Beste und historisch Fortschrittlichste.

Dieser Moment der Eigenständigkeit, die sich – nur scheinbar paradox – nicht selten als vorauseilender Gehorsam und als eine praktische Vorwegnahme erahnter sowjetischer Ambitionen u. a. m. artikulierte, schloss weder die Existenz spezifisch ostdeutscher Interessen und Ziele noch den Willen der SED aus, diese vorzugsweise im Einvernehmen mit Moskau durchzusetzen. Eigenständigkeit, aus der sich in einer näher zu bestimmenden Qualität auch Eigenverantwortung ergab, setzte Strukturen, Institutionen und politische Möglichkeiten voraus, eine an spezifischen Zielen orientierte Politik zu betreiben, deren Teilbereiche relativ autonom zu gestalten und besondere Vorstellungen und Aufgaben gegenüber der UdSSR zu äußern. So bedeutete auch Subordination keine einseitige Abhängigkeit von der Führungsmacht. Abhängigkeit blieb zwar immer stark asymmetrisch, kennzeichnete aber auch das Verhältnis der UdSSR zur DDR während des gesamten Sowjetisierungsprozesses. Die SED/DDR erbrachte der UdSSR auf verschiedene Art und Weise – vor allem deutschlandpolitisch – Dienstleistungen. Eigenständigkeit reflektierte in hohem Maße die Ergebnisse eines ostdeutsch-sowjetischen Interessen-clearings, aber auch verschiedener bi- und multilateraler Interaktionen im östlichen Bündnis.

#### IV. Grundlagen und Bereiche der Sowjetisierung Ostdeutschlands

Offenbar orientierte die Führung der SED – hier vor allem die Riege um Ulbricht – eher als die UdSSR auf eine dauerhafte Zweistaatlichkeit. Faktisch gab sie der Eigenstaatlichkeit der DDR auf der Basis ihrer forcierten Ostintegration den Vorrang vor einer von der UdSSR noch favorisierten gesamtdeutschen Neutralitätslösung.<sup>7</sup>

Zumindest bis 1953 – vielleicht noch bis 1955 – ließ die UdSSR eine Option für deutsche Einheit oder Zweistaatlichkeit offen. Verschaffte das der DDR gewisse Handlungsspielräume? Denn bis etwa Mitte 1951 schien die Moskauer Führung mit Möglichkeiten gerechnet zu haben, Deutschland nach dem Modell DDR wiederzuvereinigen. Als dann die Frage der militärischen Integration der Bundesrepublik vom latenten ins akute Stadium trat und Stalin sah, dass es die USA mit der militärischen Einbindung Westdeutschlands ernst meinten, musste die sowjetische Führung nach neuen deutschland- und sicherheitspolitischen Wegen suchen und eine größere Flexibilität entwickeln. Die damit verbundene Frage einer veränderten Sowjetisierung der SBZ/DDR hing auch ab von der inneren Entwicklung der UdSSR, von verschiedenen Trends und von konkurrierenden Kräftegruppen in der Führung der KPdSU. Ein noch etwas unsicherer Vergleich zeigt, dass die USA deutschlandpolitisch hingegen viel weniger zu ‚schwanken‘ schienen als die UdSSR, deren wirtschaftliche und bedingt auch politische Positionen, deren deutsche Bündnispartner vor allem, schwächer waren als die der USA. Trug diese relative Schwäche der Sowjetunion, der durch den Zweiten Weltkrieg ziemlich plötzlich der Rang einer Weltmacht zugewiesen wurde, deren neues Image man verteidigen musste, zu einer konsequenten Sowjetisierung der SBZ/DDR bei?

Eine starke Sowjetisierung spricht schließlich sowohl für als gegen eine mögliche Entscheidung der Sowjetunion für die Einheit Deutschlands. Wenngleich auch Stalin und seine Diadochen nicht davon ausgehen konnten, das Modell DDR einfach auf die Bundesrepublik übertragen zu können, bot ein sowjetisiertes Ostdeutschland doch die Möglichkeit, verschiedene nach sowjetischen Vorbildern umgestaltete Strukturen in ein Gesamtdeutschland einzubringen und sie unter bestimmten inneren Bedingungen weiterzuentwickeln – Volksfrontspekulationen spielten bis Mitte der fünfziger Jahre allemal eine Rolle. Ein Deutschland, das gegenüber der

---

<sup>7</sup> Noch im November 1951 erklärte Ulbricht im Parteivorstand der KPD intern: „Ihr wisst sehr gut, dass wir keine Anhänger der Neutralität sind.“ Vgl. Stenogr. Niederschrift der 2. Parteivorstandssitzung der KPD, 9.-11.11.1951, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Zentrales Parteiarchiv (DY 30), IV 2/10.03/237, Bl. 98f.

UdSSR eine positive Neutralität einnahm – in gewisser Weise ein „re-weimarisierter“ Gesamtstaat – konnte von der KPdSU schon deshalb akzeptiert werden, weil es die Chance zu bieten schien, irgendwann – wenn der „Weltsozialismus“ stark genug sei – in die Schwerkraft des sowjetischen Imperiums zu gelangen. Andererseits machte die Perspektive eines fortbestehenden deutschen Oststaates eine Sowjetisierung ebenfalls sinnvoll. Gingen die gesamtdeutschen Pläne der Moskauer Führung nicht auf, entsprach auch dessen Integration in das kommunistische System durchaus dem sowjetischen Nachkriegskonzept der Herrschafts- und territorialen Sicherung des ihr nach 1945 Zugefallenen. So kann eben auch gefragt werden, ob eine konsequente Sowjetisierung der SBZ/DDR nicht einen sowjetischen Verzicht auf Gesamtdeutschland bedeutete.

Immer aber blieb die Drohung ihrer Fortführung als Druckmittel gegenüber dem Westen bestehen. In allen östlichen Schwankungen zeigte sich jedoch eine mehrdimensionale Konstante: die prinzipielle Unterordnung der SED unter die sowjetischen Interessen, die in der Frage kommunistischer Selbstbehauptung auf deutschem Boden mit den Zielen der SED korrespondierten und ebenfalls der innerparteiliche SED-Konsens in der Frage der Machterhaltung. Zu dieser Konstante gehörte das auch in der ostdeutschen Führung zumindest unterschwellig vorhandene Bewusstsein, dass die DDR in hohem Maße ein Kunstprodukt, eine nach einem bestimmten Plan konstruierte Gesellschaft war. Deren Schöpfer und leitende Geister mussten sich von Anfang an nicht nur mit dem Problem beschäftigen, welche Freiräume sie der eigenen Bevölkerung, den einzelnen „Klassen“ und „Schichten“, einräumen konnten, sondern sahen sich umgekehrt auch mit der Frage konfrontiert, in welchem Maße diese der SED Handlungsspielräume zubilligten. So besaß die Führung der SED auch in dieser Hinsicht ein großes Interesse, diese durch eine sowjetische Penetration<sup>8</sup> der ostdeutschen Gesellschaft innenpolitisch zu erweitern.

Eine geistig-politische Grundbedingung für den Sowjetisierungsprozess bildete die Übernahme des ideologischen Systems des Sowjetkommunismus in allen seinen wesentlichen Bestandteilen. Auch die Mitglieder der SED lernten den Marxismus nicht als okzidentale revolutionäre Gesellschaftslehre „pur“ kennen, sondern in seiner sowjetisch-leninistischen Brechung. Nicht selten legten ostdeutsche Ideologen die sowjetische Mar-

---

<sup>8</sup> Die vor allem von Wolfram Hanrieder und James N. Rosenau beschriebenen Merkmale eines penetrierten Systems lassen sich offenbar weitgehend bei der Sowjetisierung der SBZ/DDR nachweisen. Vgl. Wolfram F. Hanrieder: *West German Foreign Policy 1949-1963. International Pressure and Domestic Response*, Stanford 1967, S. 230; James N. Rosenau: *The Scientific Study of Foreign Policy. Revised and England Edition*, London 1980, S. 137-169.

xismus-Leninismus-Interpretation noch zusätzlich, noch radikaler, aus und erweckten überdies den Eindruck, dass die DDR nicht in einer deutschen, sondern sowjetischen und imaginären „proletarischen“ Traditionslehre stehe.<sup>9</sup> Hinzu trat in den Jahren bis 1955 die Apotheose Stalins, um dessen Gunst man warb und ein ebenfalls nicht zu unterschätzendes Syndrom: Die DDR müsse sich des Vertrauens der Sowjetunion würdig erweisen und auf innenpolitische „Experimente“ verzichten.<sup>10</sup>

Die Voraussetzung für den gesamten Sowjetisierungsprozess in der SBZ/DDR und dessen Kern bildete die Entwicklung der SED zur „Partei neuen Typus“. Die Stalinisierung der 1946 konstituierten Einheitspartei schuf eine zuverlässige Sowjetisierungsbasis sowohl für die UdSSR als auch für die ostdeutsche kommunistische Führung. Die Stalinisierung der Partei besaß vor allem eine antisozialdemokratische Ausrichtung und einen allgemeinen disziplinierenden Aspekt.<sup>11</sup>

Von der Sowjetisierung der SBZ/DDR blieb im Prinzip kein gesellschaftlicher und politischer Bereich ausgeklammert. Am stärksten entwickelte sie in politisch und gesellschaftlich sensiblen Bereichen, dort wo Macht- und Sicherheitsfragen im Vordergrund standen, Intensität und den Anspruch auf Flächendeckung und Perfektion. So waren auch die 1953 zusammengestellten „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ offenbar auf eine sowjetische Anordnung zur Organisation eines „sicheren Schutzes“ aller wichtigen volkswirtschaftlichen Objekte „aus geprüften und politisch der volksdemokratischen Ordnung ergebenden Personen“ zurückzuführen. Im gleichen Zuge ergingen Weisungen über die Standortverteilung der Volkspolizei, zum Abhören von Telefongesprächen und zur „Überprüfung des Schriftverkehrs.“<sup>12</sup> Derartige Befehle stellten zunächst eine Form administrierenden sowjetischen Einflusses dar, waren aber auch geeignet, Kontrollmechanismen nach sowjetischem Vorbild zu gestalten. Dies zeigte sich vor allem beim Aufbau und in der Arbeit des ostdeutschen Staatssicherheitsministeriums und der „nationalen“ Streitkräfte.

Aber auch die Ausformung und Kontrolle der Wirtschaft stand zumindest bis Ende der fünfziger Jahre mit im Vordergrund des sowjetischen

---

<sup>9</sup> Vgl. dazu exemplarisch: Geschichte der Arbeiterbewegung in acht Bänden, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, hier Band 1, Berlin 1966, Vorwort, S. 24-40.

<sup>10</sup> Vgl. Rede Grotewohls auf der 23. (37.) Tagung des Parteivorstandes der SED, 9.10.1949, in: SAPMO-BArch, IV 2/1/38, Bl. 17.

<sup>11</sup> Vgl. Hermann Weber: Die Geschichte der frühen SED. Überlegungen gestern und heute, in: Gisela Helwig (Hg.): Rückblende auf die DDR. Festschrift für Ilse Spittmann-Rühle, Köln 1995, S. 17f.

<sup>12</sup> Vgl. Merkblatt der SKK, undatiert, offenbar Ende Juni 1953, in: SAPMO-BArch, NY 4090/303, Bl. 354.

Interesses. Die Umstrukturierung der Industrie nach 1945 vorrangig über den Mechanismus von Enteignungen, repressiver wirtschaftlicher Maßnahmen und außerökonomischer Zwänge ging einher mit der Übernahme von Theorie und Praxis der sozialistischen Planwirtschaft sowjetischen Typs und der Schaffung entsprechender Leitungsmodelle. Hier zeigte sich eine strukturelle Sowjetisierung mit am deutlichsten. Für die Sowjetunion bot eine entprivatisierte ostdeutsche Staatswirtschaft optimale Kontrollmöglichkeiten. Zwar konnte die DDR ohne den Austausch mit der UdSSR auch wirtschaftlich nicht überleben. Doch führten die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Gegenleistungen der DDR zu einer starken Ausrichtung der ostdeutschen Industrieproduktion auf sowjetische Bedürfnisse. Das hatte eine erhebliche Disproportion – teilweise auch Deformation – in der industriellen Entwicklung der DDR zur Folge. Hier fand eine indirekte Sowjetisierung statt.

Die Landwirtschaft erfuhr durch die Bodenreform nach 1945 und die erst 1960 abgeschlossene Kollektivierung einen grundlegenden Umbau. Die Verwaltung der Land- und Forstwirtschaft der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und später die Sowjetische Kontrollkommission (SKK), steuerten und kontrollierten die Agrarpolitik der SED bis zum Beginn der fünfziger Jahre mit besonderer Sorgfalt und gelegentlich unter Beteiligung Stalins.<sup>13</sup> Die Zerschlagung der traditionellen landwirtschaftlichen Strukturen beschädigte die dörfliche Gesellschaft in der SBZ/DDR nachhaltig. Andererseits setzten sich gerade hier „sowjetische Erfahrungen“ und sowjetisch initiierte „Bewegungen“ wie die „Mitschurinbewegung“ und die aberwitzigen Lehren des Agrarbiologen Lyssenko ebenso wenig durch wie sowjetische „Neuerermethoden“ und neue Pflanzverfahren.<sup>14</sup> Allerdings richteten die am Ende der fünfziger Jahre von der SED-Führung durchgesetzten sowjetischen „Rinderoffenställe“ und „Schweinepilze“, die empfindliche Nutztiere den Unbilden der Witterung aussetzten, schweren Schaden an. Die Kollektivierung wurde von „einer weitverbreiteten Fortschrittseuphorie getragen, in der sich die Glorifizierung der Sowjetunion eng mit weit reichenden Überlegenheitsvorstellungen und Modernisierungssillusionen verband.“<sup>15</sup>

Der Staatsapparat der DDR erfuhr bis zum Beginn der sechziger Jahre eine Organisation nach sowjetischem Vorbild. Staat und Partei verschmol-

---

<sup>13</sup> Vgl. Arnd Bauerkämper: Amerikanisierung und Sowjetisierung in der Landwirtschaft. Zum Einfluss der Hegemonialmächte auf die deutsche Agrarpolitik von 1945 bis zu den frühen sechziger Jahren, in: Jaraus/Siegrist, Amerikanisierung und Sowjetisierung, S. 198f.

<sup>14</sup> Vgl. ebenda, S. 203f.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 206.

zen nach sowjetischem Muster. Grotewohl hatte schon im März 1949 betont, dass für die zu bildende Regierung der DDR die „Generallinie der Partei“ verbindlich sei.<sup>16</sup> Die Parteiarbeit im Regierungsapparat wurde straff organisiert und von zentralen Parteigremien kontrolliert. Staatsfunktionäre und Regierungsinstitutionen blieben den übergeordneten Parteileitungen rechenschaftspflichtig. Die Untrennbarkeit von staatlichen und Partei-Aufgaben geriet zum moralisch-politischen Gesetz.<sup>17</sup> Die SED übernahm auch das sowjetische Nomenklatursystem, das bereits im Februar 1949 Eingang in ein erstes ostdeutsches Nomenklatursystem fand. Es legte u. a. fest, dass die politisch wichtigsten Funktionen im SED-Apparat, in den Massenorganisationen und im Staatsapparat ausschließlich durch das Politbüro und das von Ulbricht geleitete „Kleine Sekretariat“ besetzt werden durften.<sup>18</sup> Die SED übernahm auch die offiziellen Funktionsbezeichnungen. So wurde aus dem Ministerpräsidenten Grotewohl ein Vorsitzender des Ministerrats.<sup>19</sup> Aber auch in den scheinbar kleinen Dingen alltäglicher Verwaltung wie bei der Organisation von Handel und Versorgung stand die Sowjetunion Pate.<sup>20</sup> Ab Mitte der fünfziger Jahre setzte eine problematische „Sowjetisierung des Konsums“ ein.<sup>21</sup> Sowjetisierungen im Alltag trugen nicht selten banale Züge, etwa, wenn das Politbüro im März 1950 beschied, dass das „Neue Deutschland“ künftig im Format der „Prawda“ herausgegeben werden müsse.<sup>22</sup> Sieht man von der Schaffung eines lediglich formalen Mehrparteien-Systems in der DDR ab, funktionierten gesellschaftliche Organisationen und Organe im Prinzip ebenfalls wie ihre sowjetischen Vorbilder. Sie schalteten verschiedene politische Interessen gleich und konstituierten eine „Nationale Front“, die ihr Vorbild in sowjetkommunistischen „Volksfront“-Ideen fand. Auch auf dem Gebiete der äußeren

---

<sup>16</sup> Vgl. Referat Grotewohls vor der ostdeutschen Ministerkonferenz, 13.3.1949, in: SAPMO-BArch, NY 4090/142, Bl. 40.

<sup>17</sup> Vgl. Manuskript der Rede Grotewohls für das 21. Plenum des ZK der SED, 14.11.1954, in: ebenda, NY 4090/195, Bl. 5.

<sup>18</sup> Vgl. Monika Kaiser: Die Zentrale der Diktatur – organisatorische Weichenstellungen, Strukturen und Kompetenzen der SED-Führung in der SBZ/DDR 1946 bis 1952, in: Jürgen Kocka (Hg.): Historische DDR-Forschung, Aufsätze und Studien, Potsdam 1993, S. 75-77.

<sup>19</sup> Vgl. Nomenklatur-Entwurf des ZK und Listen der Staatlichen Stellenplankommission. 29.3.1953, in: SAPMO-BArch, NY 4090/431, Bl. 27-55.

<sup>20</sup> Vgl. Besprechungen Piecks und Ulbrichts mit der SKK (Tschuikow, Iljitschow, Kowal), 4.2. und 14.2.1950, in: ebenda, NY 4036/736, Bl. 50f.

<sup>21</sup> Vgl. Stephan Merl: Sowjetisierung in der Welt des Konsums, in: Jaraus/Siegrist, Amerikanisierung und Sowjetisierung, S. 167-194.

<sup>22</sup> Vgl. Beschluss des Politbüros, Protokoll 75/50, 7.3.1950, in: SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/75, Bl. 4.

Beziehungen prägte die UdSSR die ostdeutschen Strukturen und Institutionen sowie die Inhalte der internationalen Politik der SED aus.

### *V. Aspekte der wirtschaftlichen Ostintegration*

Nahm die DDR, die aus den verschiedensten Gründen international weitestgehend isoliert blieb, in den ersten Jahren ihrer Existenz vorrangig als „Trittbrettfahrer“ der UdSSR am Weltgeschehen teil, so entwickelte sie – sichtbar nach 1955 – zunehmend außenpolitische Vorstellungen, die nur sehr bedingt als eigene Politik apostrophiert werden konnten und die auch in späteren Jahren für die SED einen Januskopf trugen.<sup>23</sup> Auch das Verhältnis von Sowjetisierung und Integrationspolitik der DDR spielte eine erhebliche Rolle. Welche Funktionen übten RGW und Warschauer Pakt bei der Übertragung sowjetischer Modelle auf die DDR aus? Welche Absichten verfolgte die UdSSR mit der Einbindung der DDR in ihr europäisches Bündnissystem und was für Folgen hatte die Ostintegration für Staat und Gesellschaft der DDR, vor allem für deren Identität?

Offenbar sah man in Ostberlin – so wie in Bonn – in einer möglichst engen Anbindung an die Führungsmacht, hier in einer weitestgehenden Sowjetisierung, die Chance, neue, insbesondere deutschlandpolitische Freiräume im Umgang mit der Bundesrepublik zu gewinnen. Während diese politisch stark auf ihre Führungsmacht zurückwirkte, war ein Einfluss der DDR-Bündnisperipherie auf die Moskauer Zentrale nicht nennenswert. In vielem blieb die Ostintegration eine besondere Form der Sowjetisierung. So funktionierte der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) vor allem im ersten Jahrzehnt seines Bestehens mehr als politische Kontrollinstanz und Instrument der Block-Disziplinierung, denn als das einer wirtschaftlichen Integration. Diese scheiterte „auch an dem Willen der UdSSR, den Ostblock politisch um jeden Preis zusammenzuhalten.“<sup>24</sup>

Das Fehlen supranationaler Strukturen und Organe, ein Festhalten am staatlichen Außenhandelsmonopol und an der nationalen Planungs- und Industrialisierungsautonomie sowie die fehlende Handelsintegration u.a.m.

---

<sup>23</sup> Vgl. Michael Lemke: Prinzipien und Grundlagen der Außenbeziehungen der DDR in der Konstituierungsphase des DDR-Außenministeriums 1949-1951, in: ders. (Hg.): Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945-1953), Köln/Weimar/Wien 1999, S. 233-274; Johannes L. Kuppe: Die DDR und die nichtsozialistische Welt. Ein Essay zur Außenpolitik der SED, in: Gisela Helwig (Hg.), Rückblicke auf die DDR, Köln, S. 175-182.

<sup>24</sup> Ludolf Herbst: Die DDR und die wirtschaftliche Integration des Ostblocks in den sechziger Jahren, in: Christoph Buchheim (Hg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Berlin 1995, S. 379.

wirkten dem Entstehen einer Identität der DDR als Teil einer möglichen Gemeinschaft gleichberechtigter Völker entgegen. Hier spielten u.a. auch nationalstaatliche Egoismen und ein Zurückscheuen verschiedener kommunistischer Führungen vor wirtschafts- und handelspolitischen Reformrisiken eine wichtige Rolle. Denn in den sechziger Jahren gerieten DDR und Ostblock durch die Erfolge der Westintegration unter erheblichen psychologischen Druck. „Ausgehend von Polen, Ungarn und der ČSSR bildete sich als Reaktion hierauf ein Integrationskonzept heraus, das marktwirtschaftliche Elemente mit dem planwirtschaftlichen Modell zu verbinden suchte. Die Reformer waren insbesondere darum bemüht, nun endlich die Handelsintegration nachzuholen, die Westeuropa Mitte der 1950er Jahre erreicht hatte. Die DDR-Führung begriff, dass dies bei erfolgreicher Durchsetzung letztlich zu einer Systemtransformation führen würde. Sie suchte, durch diese Perspektive existenziell bedroht, daher den engen Schulterschluss mit Moskau.“<sup>25</sup>

In diesem Fall korrespondierten sowjetische und ostdeutsche Interessen. Wenn sich hier ein sowjetisches Prinzip äußerte, dann das des Primats der Politik gegenüber der Wirtschaft. Der Vorrang der Systembewahrung sicherte letztendlich die sowjetische Dominanz. Ostintegration reduzierte sich wesentlich auf eine auf Hegemonie und Interessenclearing beruhende Dauerbindung einer nationalstaatlich verfassten DDR an ihre Führungsmacht. Das schloss partnerschaftliche Kooperation im Einzelnen ebenso wenig aus wie ökonomische Interessenkonflikte zwischen beiden Seiten, insbesondere seit dem Ende der fünfziger Jahre.

## *VI. Die Wege der ostdeutschen Sowjetisierung: Mechanismen und Kontrollinstanzen*

Die offenbar in einigen Bereichen problem- und reibungsarme Sowjetisierung führt auch zu der Frage, in welchen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens aus historischen, politischen und ökonomischen Ursachen eine gewisse nationale Prädisposition für die Sowjetisierung vorhanden war. Offenbar leistete die ungebrochene Kontinuität diktatorischer Herrschaft ab 1933 einer administrativen Sowjetisierung Vorschub. Inwiefern konnte beispielsweise die enge Verquickung von Wirtschaft und Staat im Nationalsozialismus, insbesondere kriegsbedingter Wirtschaftsdirigismus, für die kommunistische Planwirtschaft sowjetischer Prägung genutzt werden? Das besaß ebenso Relevanz im Sinne der Gestaltung deutscher Zukunft wie die Frage, auf welche alten Eliten und

---

<sup>25</sup> Ebenda, S. 380.

neuen Kader – wer hatte sie vor und nach 1945 geprägt? – eine personalpolitische Sowjetisierung zurückgreifen konnte.

Grundbedingung dafür war natürlich ein sowjetischer Zugriff auf personelle Entscheidungen, die Kontrolle des Elitenwechsels und nicht zuletzt eine Bürokratisierung der Kaderpolitik nach sowjetischem Vorbild (Kaderakten, Kaderabteilungen u. a. m.). Wer gelangte über welche Mechanismen in den politischen und wirtschaftlichen Apparat und Entscheidungsprozess?

Diese Frage berührt das Problem der Wahrnehmung und Kontrolle der Sowjetisierungsinteressen durch die UdSSR. Von 1945 bis 1949 standen die SMAD und ihre nachgeordneten Gliederungen in den Ländern der SBZ und von 1949 bis 1953 die SKK als zentrale organisatorische und exekutive Organe der sowjetischen Deutschlandpolitik im Vordergrund einer Politik, deren sowjetisierende Absicht systematisch geleugnet wurde. Kurzfristig – bis 1955 – liefen die Fäden beim sowjetischen Hohen Kommissar (Semjonow), danach in der sowjetischen Botschaft in Ostberlin zusammen. Das Politbüro regelte das Verhältnis der Staatsorgane der DDR zu den sowjetischen Stellen im Juni 1950 mit dem lakonischen Satz, „dass die Mitarbeiter der staatlichen Verwaltung zur Erteilung jeglicher Auskunft an die Organe der SKK verpflichtet sind.“<sup>26</sup> Die UdSSR verfügte mit ihrem dichten Netz von sowjetischen „Beratern“ in politischen, wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Gremien bis zum Ausgang der fünfziger Jahre „flächendeckend“, später an wichtigen Punkten, über einen anleitenden und kontrollierenden Mechanismus. Die sowjetische Führung drängte die Berater nicht immer nur auf. Ob „vorausseilender Gehorsam“ und das Wissen um sowjetische Wünsche eine wichtige Rolle spielten oder nicht: Die Führung der SED ersuchte die KPdSU verschiedentlich um die „Entsendung von Beratern“.<sup>27</sup> Die SED wies die Staatsorgane der DDR an, diese „Berater“ regelmäßig zu konsultieren und deren Vorschläge zu verwirklichen.<sup>28</sup> Daneben gab es zu jeder Zeit persönliche Kontakte zwischen sowjetischen Politikern aller Ränge mit Spitzenfunktionären der SED, die Direktiven aus Moskau mitbrachten, bzw. diese über den Parteiweg KPdSU – SED oder aber in diskreten Gesprächen in der SMAD bzw. SKK erhielten. Eine „außerordentlich wichtige Form aktiver und passiver sowjetischer Einflussnahme waren schließlich die deutsch-sowje-

---

<sup>26</sup> Beschluss des Politbüros, Protokoll 93/50, 6.5.1950, in: SAPMO-BArch, J IV 2/2/93, Bl. 11.

<sup>27</sup> Beschluss des Politbüros der SED, „Antrag an das Präsidium der ZK der KPdSU“, Protokoll 10/54, 19.2.1954, Bl. 1 und Anlage 1, Bl. 3-7, in: ebenda, J IV 2/2/348.

<sup>28</sup> Vgl. Sitzung des Politbüros, Anlage 6 zum Protokoll 16/53, 17.3.1953, in: ebenda, J IV 2/2/270, Bl. 37.

tischen Delegations- und Erfahrungsaustausche, die mit der beginnenden Stalinisierung der SED und mit der stärkeren Sowjetisierung der ostdeutschen Verwaltung etwa seit 1948/49 zunehmend an Bedeutung gewannen.<sup>29</sup> Eine wichtige repressive Funktion bei der Absicherung der Sowjetisierung – was vor allem Verfolgung ihrer Gegner hieß – übten der sowjetische Geheimdienst und andere Moskauer Sicherheitsorgane aus.

Verschiedene Moskauer Direktiven ergingen in Form von „Merkblättern“ und „Memoranden“, die letztlich Befehle und als solche verbindlich waren. Diese „Empfehlungen“, auf deren Abfassung und Durchführung die SED offenbar keinen oder nur sehr geringen Einfluss hatte, reglementierten oftmals kleinlich bis in die Details. So griff die Sowjetunion in die Gestaltung der Binnenpreise ein, ordnete Produktionswettbewerbe der „Werkstätigen“ an<sup>30</sup> und befand über solche Nebensächlichkeiten wie die Ausgabe von „schönen Uniformen aus gutem Wolltuch“ für die Offiziere und Wachtmeister der Volkspolizei.<sup>31</sup> So lassen sich echte Handlungsspielräume für die SED, die eben auch vom „Magnetismus“ der Bundesrepublik und in hohem Maße von der Haltung der Bevölkerung abhingen, bis Mitte der fünfziger Jahre kaum nachweisen.

## VII. Sowjetisierung als Dialektik von Beschleunigung und Verzögerung

Es existierte immer ein Zusammenhang zwischen der Haltung der Bevölkerung der DDR und der Sowjetisierung, d.h. der Art und Weise sowie der Intensität ihres Verlaufs. Die weitgehende Ablehnung kommunistischer Herrschaft und des sowjetischen Sozialismusmodells durch die Mehrheit der Bevölkerung vor allem im ersten Jahrzehnt des Bestehens der DDR zeigte eine zuweilen eskalierende Sowjetisierungs-„Nachfrage“ der SED-Führung. Zeitweilig verstärkte sich der unterdrückende Faktor, dann gewann das „liberale“, das auf die eigentliche sozialistische Identitätsveränderung abzielende, Element an Bedeutung – sichtbar beispielsweise im „Neuen Kurs“ und bei der Sympathiewerbung für sowjetische Kunst und Kultur. Es fragt sich, in welchen Phasen der ostdeutschen Entwicklung welche Kräfte in SED und KPdSU welche Sowjetisierungsmethoden bevorzugten. Wichtig scheint, dass die SED eine tatsächliche Konsolidierung

---

<sup>29</sup> Monika Kaiser: Sowjetischer Einfluss auf die ostdeutsche Politik und Verwaltung 1945-1970, in: Jarausch/Siegrist, Amerikanisierung und Sowjetisierung, S. 121.

<sup>30</sup> Vgl. Besprechung Piecks und Ulbrichts mit der SKK (Tschuikow, Iljitschow, Kowal), 4.2. und 14.2.1950, in: SAPMO-BArch, NY 4036/736, Bl. 50f. und Merkblatt der SKK, September 1953, in: ebenda, NY 4090/303, Bl. 348f.

<sup>31</sup> Merkblatt der SKK, offenbar vom 10.10.1953, in: ebenda, Bl. 228.

der Binnenverhältnisse der DDR auch durch flexiblere Formen der Sowjetisierung nicht erreichte. Konsolidierung und Destabilisierung gingen eine eigenartige Symbiose ein. Nach Phasen der Erholung (1950/51; 1957-1959), erfolgte eine krisenhafte Zuspitzung der Situation (1952/53; 1960-61), die die Existenz der DDR in Frage stellten. Eine relative Stabilisierung des deutschen Oststaates setzte erst nach dem Mauerbau, deutlich seit 1963 ein.

Welchen Einfluss hatten Sowjetisierungsprozesse auf stabilisierende Phasen der DDR-Systemerhaltung? Bislang ist – zu Recht – mehr nach dem Verhältnis von Krisenentwicklungen und Sowjetisierung gefragt worden. Denn Sowjetisierungsschübe erfolgten in der Regel in krisenhaften Situationen. Sie wurden an bestimmten Schnittpunkten von politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen sowie Alltags-Prozessen sichtbar. Rasanz erhielten sie dann, wenn unterschiedliche Krisenmomente sich verbanden, summierten bzw. sogar potenzierten. Schübe konnten, wie es nach 1950 der Fall gewesen zu sein scheint, stark außenpolitisch bestimmt sein. Hier wirkte der Koreakrieg als Katalysator, und eine damit verbundene Verstärkung der organisierten „Friedensbewegung“ nach sowjetischem Diktum folgte.<sup>32</sup> In diesem Prozess spielten freilich auch deutschlandpolitische Zwänge eine Rolle. Sowjetisierungsprozesse entwickelten in bestimmten Situationen eine starke Eigendynamik.

Ein Beispiel: Die Ablehnung des sowjetischen Angebots an den Westen – deutsche Einheit gegen Neutralität – im Frühjahr 1952 beschleunigte faktisch den sowjetischen Beschluss, dem Aufbau der Nationalarmee und der Kollektivierung, d.h. dem Aufbau des Sozialismus in der DDR nach stalinistischem Muster, grünes Licht zu geben. Dies löste einen weiteren Sowjetisierungsimpuls aus. Verbunden mit neuen administrativen Maßnahmen sowie zusätzlichen sozialen und wirtschaftlichen Belastungen führte er zu einem sprunghaften erheblichen Anstieg der Unzufriedenheit der Bevölkerung und zu einer Eskalation einer auch von außen weiter tangierten Krisensituation. Als dieser von der SED mit vorrangig repressiven Methoden gegengesteuert wurde, entstand neuer Unwillen in der Bevölkerung und relativ zügig eine von der SED innenpolitisch nicht mehr kontrollierbare Situation. Augenfällig waren dabei das Versagen von Rückkopplungsmechanismen und ein damit verbundenes Zunehmen chaotischer Elemente der Sowjetisierung. Belastungs- und Krisensituationen bildeten dabei keineswegs die einzige Ursache für eine Verstärkung der Sowjetisierungsprozesse. Sie waren aber für sie Katalysator und wichtiger Indikator.

---

<sup>32</sup> Vgl. Schreiben Piecks an Ulbricht mit Bezug auf die Vorschläge Semjonows, 15.6.1950, in: ebenda, NY 4036/658, Bl. 38.

Andererseits wirkte die sowjetische Fremdbestimmung, vor allem der Deutschlandpolitik, offenbar nicht immer nur negativ. Dass sich die SED von 1951 bis 1953 mit der Idee freier Wahlen zumindest auseinandersetzen musste, war auch eine Folge Moskauer Direktiven. Gelegentlich versuchte die Sowjetunion, „Überspitzungen“ in der Arbeit des Staatsapparates der DDR zu eliminieren. So wies die SKK die SED-Führung Ende 1951 an, „eine ganze Reihe ernster Fehler und Mängel“ in der Tätigkeit von Justiz, Polizei und Staatssicherheitsorganen zu beheben, weil sie „dem demokratischen Aufbau, der Gesetzlichkeit und der Rechtsordnung der DDR“ Schaden zufügten, in der Bevölkerung „eine gewisse Unzufriedenheit“ hervorriefen und „von der in- und ausländischen Reaktion im Kampf gegen die demokratischen Kräfte“ ausgenutzt werden würden.<sup>33</sup>

Solche und andere Beispiele werfen die oben schon angesprochene Frage nach dem Verhältnis von Sowjetisierung und sowjetischer Einflussnahme in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Krisen-Fällen immer wieder auf. So entwickelte sich die innere Situation der DDR vor allem infolge des Beschlusses über den forcierten Aufbau des Sozialismus im Juli 1952 und damit einhergehenden neuen Sowjetisierungen in einer das System destabilisierenden Weise, erweckte aber beim Politbüro den Eindruck, dass die Fortführung des harten Sozialismuskurses notwendig sei. Er zeitigte einen erhöhten Sowjetisierungsbedarf – man denke an den an sowjetischen Vorbildern orientierten Aufbau von Streitkräften und an die Umstrukturierungen im Sicherheits- und Verwaltungsapparat. Doch führte die UdSSR im Juni 1953 einen „Neuen Kurs“ herbei, der konzeptionell als eine Abbremsung des Tempos des sozialistischen Aufbaus angelegt war und in der Praxis auf eine Rücknahme verschiedener repressiver Maßnahmen abzielte. Das aber kam praktisch einer Stornierung verschiedener Sowjetisierungsprozesse gleich und bedeutete nichts anderes als eine Abmilderung bzw. Verzögerung der Sowjetisierung durch eine ihr entgegenwirkende sowjetische politische Einflussnahme. Die Kurskorrektur war letztendlich taktischer Natur. So ist auch die Behauptung Semjonows, er habe seiner Regierung 1953 empfohlen, die Vormachtstellung der SED vorübergehend abzubauen und eine neue DDR-Regierung mit bürgerlichen Vorzeichen einzusetzen<sup>34</sup>, äußerst zweifelhaft. Nachzugehen wäre auch der Funktion von sowjetischen Direktiven als Alibi für Politiker der SED. Da sowjetische „Empfehlungen“ weder der Kontrolle noch der Kritik ihrer Führung unterlagen, wurden sie von Ulbricht mit dem Hinweis auf ihren

---

<sup>33</sup> Als „streng geheim“ eingestuftes Direktivpapier, undatiert, höchstwahrscheinlich von Mitte November 1951, in: ebenda, NY 4090/301, Bl. 73.

<sup>34</sup> Vgl. Wilfried Loth: *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*, Berlin 1994, S. 205.

ausschließlichen Weisungscharakter für die eigene „Linie“ instrumentalisiert. So klagte Politbüromitglied Friedrich Ebert Anfang Juni 1953, die über Gespräche mit den Sowjets „berichtenden Genossen erweckten hier [im Politbüro] sicher nicht ohne Absicht den Eindruck, dass es sich bei den Empfehlungen und Wünschen unserer Freunde um Weisungen handle, die sie in dieser oder jener Form zu verwirklichen wünschten“.<sup>35</sup>

Es bleiben also auch bezüglich des Führungszirkels der SED die Fragen bestehen, wer von der Sowjetisierung am meisten profitierte, in welchem Maße von ihr Durchsetzungschancen für eigene Konzepte erwartet wurden, und ob man Sowjetisierungsschübe nicht selbst veranlasste bzw. provozierte.

Vor allem im geistig-kulturellen und im wirtschaftlichen Bereich scheinen unterschiedliche Interessen ostdeutscher und sowjetischer Politiker ein gewisses Konfliktpotenzial ergeben zu haben. So drängte die KPdSU Anfang der fünfziger Jahre auf eine Betonung des Nationalen in der innerdeutschen Auseinandersetzung, während sich die Führung der SED mehr „internationalistisch“ orientierte, d.h. von der „nationalen“ zu einer neuen sowjetisch geprägten Identität gelangen wollte. Lebte in der Führung der SED um Ulbricht zumindest in Krisensituationen die alte Perspektive eines Sowjetdeutschlands aus der Zeit vor 1933 wieder auf? Die UdSSR benötigte ein patriotisch drapiertes Kontrastbild zur amerikanischen „Überfremdung“ der Bundesrepublik. Auch das zwang die SED zur „Rückbesinnung“ auf deutsche Traditionen.<sup>36</sup> Der sowjetische Impetus, die DDR im Westen als den eigentlich deutschen, selbstbestimmten Staat darzustellen, hatte Langzeitwirkungen. Auch später entstand bei vielen der Eindruck, dass die DDR doch der „deutschere“ Staat sei.<sup>37</sup>

Widersprüche bei der Sowjetisierung der Wirtschaft z.B. ergaben sich nicht zuletzt aus der bereits geschilderten Tatsache einer weitgehenden Ausrichtung der ostdeutschen Industrieproduktion auf sowjetische Bedürfnisse. Zwar musste die Behandlung, die aus der DDR, in wirtschaftlicher Hinsicht faktisch eine Sowjetrepublik machte, hingenommen werden, weil nur Moskau das ökonomische Überleben der DDR sichern konnte. Doch besaß die SED ein vitales Interesse am Handel mit dem Westen, speziell mit der Bundesrepublik. Dieser Warenverkehr bremste nicht nur spezifi-

---

<sup>35</sup> Sitzung des Politbüros, 6.6.1953, Anlage zum Protokoll 33/53, in: SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/287, Bl. 16.

<sup>36</sup> Vgl. Bericht Hermann Materns an die 7. Tagung des ZK der SED „über die Ergebnisse der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten“, 18.-20.10.1951, in: ebenda, IV 2/1/50, Bl. 7.

<sup>37</sup> Vgl. Martin Greifenhagen, Sylvia Greifenhagen: Eine Nation: Zwei politische Kulturen, in: Werner Weidenfeld (Hg.): Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Materialien zum deutschen Selbstverständnis, Köln 1993, S. 32.

sche Sowjetisierungsprozesse ab, sondern wirkte auch den Eigengesetzen einer isolationistischen wirtschaftlichen Ostintegration in gewissem Umfang entgegen. Handfeste politische Differenzen zwischen den Führungen der SED und der KPdSU zeigten sich in einer zeitweilig zugespitzten Art in der Berlinkrise von 1958 bis 1963.<sup>38</sup>

### VIII. Sowjetisierung von „oben“ versus „Verwestlichung von unten“

Das Ziel einer Veränderung der ostdeutschen Gesellschaft nach anti-zivilisatorischem kommunistischem Modell stieß auf starke Gegenströme. Nicht zuletzt stand einer Sowjetisierung deutscher Identität in der SBZ/DDR ein wichtiger Faktor entgegen: die Bundesrepublik. Kaum ein gesellschaftlicher Bereich in Ostdeutschland blieb von ihrer Politik unberührt, kaum eine Entscheidung von Politbüro und Regierung von ihr unbeeinflusst. Die Omnipräsenz der Bundesrepublik, ihr in politischen Entscheidungen der SED sichtbarer „Magnetismus“, stellten – zumindest bis zum Mauerbau – eine existenzielle Bedrohung für die Herrschaft der SED dar. Sie begrenzten deren politische Handlungsspielräume erheblich. Der Westen lieferte, im Großen wie im Kleinen, nicht nur die jeweils aktuelle Vergleichsgröße; für viele Menschen in der DDR geriet er zum Maßstab aller Dinge.

Analysiert und bewertet man den Einfluss der Bundesrepublik und seine Wirkung, so lässt sich – gerade was die sozial- und alltagsgeschichtliche Entwicklung der DDR angeht – die Tendenz einer (relativen) „Verwestlichung“ der DDR-Gesellschaft feststellen. Diese „Verwestlichung von unten“, die Durchdringung von der Basis her, bildete als ein Entwicklungszug der DDR-Gesellschaft die wichtigste Gegentendenz zur Moskauer Penetration der DDR-Strukturen. Über das Medium Bundesrepublik vollzog die DDR-Bevölkerung, hier besonders die junge Generation der fünfziger Jahre, auch den amerikanischen Einfluss auf die westdeutsche Lebenswelt, auf Kultur, Lebensstil, Kunst und Mode, bedingt nach. Die Gesellschaft der Bundesrepublik gab auch ihre Erfahrung mit Amerika nach Osten weiter – zumeist über Presse, Rundfunk und über den Besucherverkehr. Bis 1961 spielte dabei Westberlin – auch für die der Stadt nähergelegenen Regionen – eine wichtige Rolle. Diese Tendenz zur „Verwestlichung von unten“ bremste das Tempo vor allem einer geistig-politischen Sowjetisierung ab. Dies schloss nicht aus, dass „Verwestli-

---

<sup>38</sup> Vgl. Michael Lemke: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995, S. 149-158, S. 173-186, S. 207-215.

chung“ zumindest zeitweilig die Sowjetisierung indirekt beschleunigte, wenn die SED als Reaktion darauf ihren Gegenkurs forcierte. So zogen z.B. Elvis-Kult und Rock'n'Roll eine von vielen belächelte Offensive russischer Folklore und 1958 die Kreation eines nur mäßig begeisternden neuen Tanzes, des „Lipsis“<sup>39</sup> sowie die neuesten Errungenschaften westlicher Elektronik eine systematische Sputnik-Propaganda nach sich. Auch die SED nahm den Kalten Krieg in praxi zu einem Gutteil als „Verwestlichung“ versus sozialistischem Aufbau wahr.

Der Widerspruch zwischen der von der ostdeutschen Bevölkerung getragenen Tendenz einer „Verwestlichung von unten“ und der „Sowjetisierung von oben“ geriet der SED zu dem vielleicht folgenreichsten geistigen Entwicklungsproblem der DDR. Ein großer Teil der Bevölkerung stand dem „fremden“ Gesellschaftssystem reserviert gegenüber, viele wiesen es vor allem gefühlsmäßig zurück. Insofern erhielt das Konzept der SED nach 1949, die antifaschistisch-demokratische bzw. sozialistische d.h. sowjetisierte Ordnung auf Westdeutschland zu übertragen, eine zusätzliche illusionäre Dimension. Dazu trugen auch „hausgemachte“ Fehleinschätzungen der westdeutschen Entwicklung als „restaurativ“ bei. Modernisierungsprozesse im Westen wurden nicht erkannt bzw. geleugnet oder tendenziös umgedeutet. Allerdings darf die Resistenz weiter ostdeutscher Bevölkerungskreise gegenüber einer Sowjetisierung ihres Alltagslebens mit ihrer Haltung zum SED-Regime, das von vielen zwar als kommunistisch, aber doch als deutsch gesehen wurde, nicht gleichgesetzt werden. Viele Bürger der DDR sahen durchaus einen Unterschied zwischen den „Russen“ und der SED. Viele DDR-Deutsche billigten ihr zu, unter sowjetischer Hegemonie nicht anders als von Moskau bestimmt handeln zu können.

### *IX. Die missglückte Sowjetisierung: Kultur und Alltagsleben in der SBZ/DDR*

Die von der UdSSR und der SED aufwendig betriebene Sowjetisierung des Alltagslebens und der Kultur der DDR blieb im Wesentlichen erfolglos. So stießen die Formen der öffentlichen Selbstdarstellung der DDR als „wirtschaftlich leistungsfähiger, sozial dem Westen überlegener, militärisch po-

---

<sup>39</sup> Vgl. Wiebke Janssen: Heute, tanzen alle jungen Leute, im Lipsi-Schritt, nur noch im Lipsi-Schritt. SED und Jugend in den fünfziger Jahren am Beispiel des Bezirks Halle, in: Hermann-Josef Rupieper (Hg.): Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte, Heft 6/1999, S. 58-74; Uta G. Poiger: Rock'n'Roll, Kalter Krieg und deutsche Identität, in: Jarusch/Siegrist, Amerikanisierung und Sowjetisierung, S. 281.

tenter Staat“<sup>40</sup> zunehmend auf Ablehnung. Sowjetisierung bedeutete hier die Übernahme von Symbolen, Stilmitteln und Inszenierungsformen, die dem politischen Habitus der sowjetischen Großmacht entlehnt waren. Es handelte sich vor allem um Gesten der Stärke, „etwa in Gestalt von Militärparaden, dem Aufmarsch von paramilitärischen Verbänden, der Betriebskampfgruppen und der Gesellschaft für Sport und Technik“. Die „Erfolgs- und Überlegenheitsrhetorik“, das Zelebrieren von Rekorden bei der Planerfüllung u.a.m. sollten nach innen und außen Siegeszuversicht sowie politische Überlegenheit suggerieren und die Feinde des Sozialismus abschrecken.<sup>41</sup> Weniger monströs verlief der Versuch einer sowjetischen Durchdringung des kulturellen, insbesondere des Kunst- und literarischen Lebens in der SBZ/DDR. Interessant bleibt die Phase einer relativen Toleranz 1945/46, hier vor allem gegenüber Schriftstellern und Filmschaffenden. Im späteren „Leseland“ DDR lasen zwar viele Zeitgenossen mit Freude russische Klassiker und die Spitzenwerke der Sowjetliteratur – man diskutierte Scholochows „Der stille Don“ und Simonows „Die Lebenden und die Toten“ – und die Kinder begeisterten sich an den wunderschönen sowjetischen Märchenfilmen. Doch die ideologische Botschaft, dass die Sowjetunion und ihre Menschen ein nachzueiferndes Vorbild für die Deutschen seien, kam nicht an. Eine Sache, ein Kunstwerk, gefiel oder gefiel nicht. Eine Reihe sowjetischer Dramen und Filme begeisterte, viele andere erlebten – trotz aufwendiger Propaganda und des Engagements des „Kulturbundes“ und der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ (DSF) – leere Häuser und Kassen.

Die Propagierung der Sowjetkultur traf auch auf „hausgemachte“ Hindernisse. Die Verherrlichung Stalins – mit Grausen erinnern sich die Älteren an die ‚Stalin-Kantate‘ Kubas (Text) und Forest’s (Musik).<sup>42</sup> Auch stieß der 1951 eröffnete dogmatische Kampf gegen den „Formalismus“ und damit gegen Kunstwerke, die den Realismusvorstellungen und dem kleinbürgerlich-biederem Geschmack sowjetischer und ostdeutscher Funktionäre nicht entsprachen oder in den Verdacht „dekadenter“ amerikanischer Machart gerieten<sup>43</sup>, die Zeitgenossen ab. Die in erster Linie den Jugendlichen in der DDR angebotenen sowjetischen Idole wurden nur selten angenommen. Dennoch gab der zwar tendenziöse, aber literarisch gute Roman Nikolai Ostrowskis „Wie der Stahl gehärtet wurde“ mit seiner Heroisierung von Aufbauleistungen und einem bis in die Selbstaufgabe getriebenen kommunistischen Enthusiasmus für viele der „FDJ-Genera-

---

<sup>40</sup> Jürgen Danyel: Politische Rituale als Sowjetimporte, in: ebenda, S. 74.

<sup>41</sup> Ebenda.

<sup>42</sup> Vgl. Manfred Jäger: Kultur und Politik in der DDR 1945-1990, Köln 1994, S. 30.

<sup>43</sup> Vgl. ebenda, S. 34-44.

tion“ durchaus eine „moralische Richtschnur“ ab.<sup>44</sup> In der Tat könnte man die Geschichte der Sowjetisierung in der DDR auch „anhand der Rekonstruktion der Entwicklung des Literaturimports aus der Sowjetunion nachzeichnen.“<sup>45</sup> Dabei stößt der Interessierte nicht nur auf zeitbedingte methodische Fragen einer geistigen Sowjetisierung, sondern auf das prinzipielle Problem einer Klärung der Verhältnisse der DDR-Bevölkerung zur Sowjetunion.<sup>46</sup>

## X. *Wirkungen*

In erheblichem Maße assoziierten „Stalin“, „Sowjetunion“, „Russen“ und „sowjetische Befreier“ Gewaltherrschaft, Verhaftungen, Verschleppungen, Lager und Rückständigkeit. Während viele Deutsche in Amerika das Moderne an sich, Freiheit und Wohlstand, schlicht etwas sahen, dem nachzueifern sei, wurden das von der SED propagierte Vorbild Sowjetunion und die damit verbundenen kommunistischen Menschenbilder und Werte von den meisten nicht angenommen. Für viele war „Russland“ das Gegenstück zu Amerika: Unmodern, arm, „asiatisch“. Alte, nie überwundene Feindbilder lebten auf. Dieser sehr emotionale Antisowjetismus ließ Differenzierungen kaum zu. Ein wirkliches gegenseitiges Kennenlernen von sowjetischen und ostdeutschen Bürgern blieb weitgehend aus. Dazu trug die Praxis des bürokratisierten und gelenkten Reiseverkehrs bei, die private Kontakte behinderte. So führt indifferenziertes bis prosowjetisches Handeln wieder zu der Frage, warum verschiedene politische und soziale Gruppen in der DDR Sowjetisierung tolerierten und andere sie begrüßten. Inwiefern taten das die Aktiven unter ihnen in dem Bewusstsein, dass das Sowjetsystem, dessen „kleine Fehler“ man eben hinnehmen müsse, den gesellschaftlichen Fortschritt repräsentiere und für eine Erneuerung Deutschlands unverzichtbar sei?

Insgesamt erwies sich das Verhältnis der DDR-Deutschen zu ihrer die Normen bestimmenden Hegemonialmacht „als eine recht sperrige Konstellation der Nähe und Distanz, von Unterordnung, Kooperation und Konflikt, von Heuchelei und ehrlichem Aufeinanderzugehen, von Ableh-

---

<sup>44</sup> Evemarie Badstübner-Peters: Ostdeutsche Sowjetunionerfahrungen. Ansichten über Eigenes und Fremdes in der Alltagsgeschichte der DDR, in: Jaraus/Siegrist, Amerikanisierung und Sowjetisierung, S. 308.

<sup>45</sup> Siegfried Lokatis: Sowjetisierung und Literaturpolitik, in: ebenda, S. 369.

<sup>46</sup> Vgl. Simone Barck: Die fremden Freunde. Historische Wahrnehmungsweisen deutsch-sowjetischer Kulturbeziehungen in der SBZ 1948/1949, in: ebenda, S. 336.

nung und Akzeptanz.“<sup>47</sup> Doch schließlich obsiegte die Ablehnung über die Akzeptanz. Im Alltag verweigerten viele DDR-Bürger ihre Teilnahme an prosowjetischen Veranstaltungen oder nahmen Pflichtaktionen nur formal wahr – durch bloße Anwesenheit. Die Aversion gegen das „Russische“ schloss bei vielen jungen Menschen leider auch einen inhaltenden Widerstand gegen das Erlernen der russischen Sprache ein. Russischunterricht war obligatorisch, man „lernte“ diese Sprache über viele Jahre und lernte sie doch nicht.

Während die staatlichen und gesellschaftlichen Gremien und Instanzen das Vorbild Sowjetunion mit aller Kraft und großem Aufwand propagierten, wandte sich die Mehrzahl der Menschen in der DDR in eigener Initiative der öffentlich verteufelten westlichen Massenkultur zu und zog sich auf das individuelle Kultur- und Kunsterlebnis zurück.

Die Begriffe Sowjetisierung und Amerikanisierung als auch verschiedene Synonyme wurden schon in den fünfziger Jahren von der deutschen Bevölkerung negativ, teilweise sogar verächtlich, verwandt. Sie wiesen darauf hin, dass die Einflüsse der UdSSR und bedingt auch der USA als Versuch einer Fremdbestimmung des deutschen Alltagslebens, von Kultur, Mode, Lebensweise u.a.m. gewertet und von vielen Deutschen zurückgewiesen wurden. Die nachhaltigen geistigen Wirkungen von Antisowjetismus und Antiamerikanismus zeigen, dass verschiedene Bevölkerungskreise in beiden deutschen Staaten konfrontative Argumente und Aversionen zum Teil tief verinnerlicht hatten.

Ein Vergleich verweist jedoch auf den Unterschied: Die vorrangig im Kulturellen und im Alltag sichtbare „Amerikanisierung“ wurde von den meisten Deutschen als ein „Import“ auf weitgehend freiwilliger Basis interpretiert, die „Sowjetisierung“ hingegen sehr als ein nichtgewollter Export Moskaus. Diese durch spezielle Untersuchungen zu erhärtende oder einzuschränkende Aussage bezieht sich in erster Linie auf die fünfziger Jahre, die hier im Vordergrund der Betrachtung standen. Denn später, nach dem Mauerbau von 1961, begannen sich viele DDR-Deutsche mit den sozialistischen Verhältnissen abzufinden und sich in der DDR einzurichten. In der DDR leben hieß eben auch, mit den Ergebnissen einer langjährigen Sowjetisierung zu leben. Doch nicht nur Gewöhnung spielte eine Rolle. Am Ende der fünfziger Jahre flaute die Sowjetisierung deutlich ab. Die „Entstalinisierung“ 1956 hatte verschiedene ihrer Prinzipien in Frage gestellt. Und es bleibt auch das interessante Forschungsproblem bestehen, ob und inwiefern Ergebnisse und Folgen von Sowjetisierungsprozessen rückgängig gemacht wurden oder sich im Alltag selbst abbauten, während sich die sowjetische politische Einflussnahme auf die DDR in der Ära

---

<sup>47</sup> Evemarie Badstübner-Peters: Ostdeutsche Sowjetisierungserfahrungen, S. 294.

Breshnew eher noch verstärkte. Einer weiteren Klärung bedürfen auch die Fragen, inwiefern die Sowjetisierung eine Form der „Modernisierung“ der Gesellschaft in der SBZ/DDR darstellte und von ihren politischen Eliten als eine solche wahrgenommen wurde. Auch muss gefragt werden, wo die Sowjetisierung mögliche Langzeitwirkungen ausübte. Hinterließ sie vor allem im Mentalen Spuren? Mit einiger Sicherheit lässt sich doch eine Aussage treffen: Ein Identitätswandel der Deutschen in diesem Land fand insgesamt nicht statt.

## *XI. Ergebnisse und generelle Probleme der Sowjetisierungsforschung*

Als sich u.a. Hugh Seton-Watson, Francois Fejtö und Adam Ulam seit Beginn der fünfziger Jahre und danach Zbigniew Brzezinski, Julius Braunthal, Fernando Claudin und Charles Gati<sup>48</sup> der Sowjetisierung im Ostblock aus historischer und politikwissenschaftlicher Sicht zuwandten, erarbeiteten sie und andere „wichtige wissenschaftliche Charakteristiken der allgemeinen Natur des Sowjetblocks“ und der Sowjetisierung als System.<sup>49</sup> Diese Darstellungen fanden ihre Grenzen am fehlenden Zugang zu den Archiven im kommunistischen Machtbereich und in der vom Geist des Kalten Krieges beeinflussten Forschungssituation. Birke reflektierte sie treffend, wenn er den „mühseligen Weg zu einer sachlichen Erforschung“ des Problems durch den „stürmischen Atem des von Moskau betriebenen Umsturzes aller ostmitteleuropäischen Verhältnisse“ beeinträchtigt sah und die Unmöglichkeit konstatierte, „demgegenüber kühl zu bleiben und sich die Freiheit des unbefangenen Urteils zu bewahren.“<sup>50</sup> Thalheim untersuchte das Wesen und die Grundlagen der Sowjetisierung in der SBZ/DDR erstmals chronologisch-systematisch.<sup>51</sup> Dabei standen wirtschaftliche und finanzpolitische Aspekte im Vordergrund, deren Erforschung dann über

---

<sup>48</sup> Vgl. Hugh Seton-Watson: *The East European Revolution*, London 1950; François Fejtö: *Histoire des démocraties populaires*, Paris 1952; Adam B. Ulam: *Titoism and the Cominform*, Cambridge (Mass.) 1952; Zbigniew Brzezinski: *The Soviet Bloc: Unity and Conflict*, Cambridge (Mass.) 1960; Julius Braunthal: *Geschichte der Internationale*, 2. Aufl., Bd. 3, Berlin/Bonn 1978; Fernando Claudin: *The Communist Movement: From Comintern to Cominform*, London 1975; Charles Gati: *Hungary and the Soviet Bloc*, Durham 1986; etc.

<sup>49</sup> Vgl. Leonid Gibianskij: *Die Herausbildung des Sowjetblocks in Osteuropa: Ziele, Strukturen, Mechanismen (1944-1949)*, in: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte*, 2, 1997, S. 205.

<sup>50</sup> Adolf Birke: *Vorwort*, in: Birke, Neumann, *Die Sowjetisierung Ostmitteleuropas*.

<sup>51</sup> Vgl. Karl C. Thalheim: *Die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands*, in: ebenda, S. 333.

viele Jahre ausblieb. Sie wurden erst wieder nach der „Wende“ von 1989/90 in einer Reihe von Studien zur unmittelbaren ostdeutschen Nachkriegszeit<sup>52</sup> sowie in Arbeiten über ähnliche Entwicklungen in anderen Staaten des sowjetischen Machtbereiches thematisiert.<sup>53</sup> In der älteren Literatur nahm Brzezinskis Buch über den Sowjetblock deshalb einen überragenden Platz ein, weil es trotz Kaltem Krieg eine im Ganzen sachliche politische Analyse der Sowjetisierung bot und den Gesamtprozess nach Phasen und Territorien zu differenzieren versuchte. Brzezinski stellte, wie auch andere Autoren, Fragen der Herausbildung und Wandlung der „Volksdemokratien“ in Theorie und Praxis der kommunistischen Staaten sowie Probleme des „Nationalkommunismus“ heraus.<sup>54</sup> Während die Analyse des Begriffs Volksdemokratie zunächst als Bezeichnung für eine in der Sicht ihrer Apologeten nichtkommunistische Übergangsphase und später für eine Form der „Diktatur des Proletariats“ auf Grund der Künstlichkeit und des schimären Charakters des Begriffs wissenschaftlich kaum weiterführte, war die Untersuchung der Begriffsinhalte von „Nationalkommunismus“ wissenschaftlich ertragreicher.<sup>55</sup>

In jüngerer und jüngster Zeit entstand eine beachtliche Anzahl von Studien zu verschiedenartigen Sowjetisierungsprozessen in der SBZ/DDR und in anderen Staaten im europäischen Machtbereich der UdSSR. Auf sie kann hier nicht explizit eingegangen werden. Doch lohnen sich einige Anmerkungen zu den zeithistorischen Kontroversen um den Modellübertragungsprozess auf Ostdeutschland. Eine Reihe von Zeithistorikern – prominent vertreten durch Wettig – beurteilt die Sowjetisierung der SBZ als von Anbeginn an gezielte Politik Moskaus und der KPD/SED, unumkehrbar sozialistische Verhältnisse zu schaffen und sie als einen Staat zu konstituieren, wenn ein kommunistisches Gesamtdeutschland nicht durch-

---

<sup>52</sup> Vgl. Frank Zschaler: Die vergessene Währungsreform. Vorgeschichte, Durchführung und Ergebnisse der Geldumstellung in der SBZ 1948, in: ebenda, 4/5, 1997, S. 191-223; Bauerkämper, Amerikanisierung und Sowjetisierung in der Landwirtschaft, S. 195-215; Rainer Karlsch: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-1953, Berlin 1993.

<sup>53</sup> Vgl. u.a. die Beiträge von Jiri Kosta, Karl von Delhaes, Heinrich Mrowka und Andreas Reich, in: Lemberg u.a. (Hg.): Sowjetisches Modell und nationale Prägung, S. 203-276.

<sup>54</sup> Vgl. Zbigniew Brzezinski: Der Sowjetblock, Einheit und Konflikt, Köln/Berlin 1969, S. 46-53, 66-72, 95-99.

<sup>55</sup> Vgl. den Bericht: Zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Tagung, veranstaltet vom Osteuropa-Institut München – Historische Abteilung, 1. Bis 2.12.1982 (Arbeiten aus dem Europa-Institut München. Working Papers, Nr. 95), München 1983 und Bernd Bonwetsch (Hg.): Zeitgeschichte Osteuropas als Methoden- und Forschungsproblem, Berlin 1985 (Osteuropaforschung, 13).

setzbar sei.<sup>56</sup> Demgegenüber vertrat Loth die Ansicht, dass Stalin von Anfang an ein demokratisches Deutschland akzeptierte und ein kommunistisches Separatregime in Ostdeutschland eigentlich nicht wollte. Dass es trotzdem entstand, sei in erster Linie auf das Unverständnis und die Differenzen von SMAD-Besatzungsorganen und SED-Funktionären zurückzuführen.<sup>57</sup> Neuere Analysen erbrachten, dass die Moskauer Sowjetisierungs- und damit auch Besatzungspolitik und die dahinter stehenden Interessen keineswegs monolithisch waren. Naimark und Foitzik wiesen auf die teilweise beträchtlichen Handlungsspielräume der sowjetischen Besatzungsoffiziere hin, die ganz unterschiedlich motiviert und auch durch Rivalitäten untereinander häufig gespalten gewesen wären. Dabei sei ihr Verhalten auch von den Interessenkonflikten ihrer vorgesetzten Moskauer Behörden beeinflusst worden.<sup>58</sup>

Insgesamt hat die Forschung bestätigt, dass es bei der Gestaltung der sowjetisierenden Deutschlandpolitik in der Staats- und Parteiführung der UdSSR sowie in verschiedenen Ministerien miteinander konkurrierende Kräfte gegeben hat. Eingehenderer Untersuchungen bedarf die These Naimarks, Moskau habe kaum eine bestimmende, also auch keine sowjetisierende Ausrichtung vorgegeben. So sei die Besatzungspolitik vorrangig das Ergebnis pragmatischer tagespolitischer Entscheidungen gewesen.<sup>59</sup> Adomeit meinte, dies treffe auch auf Stalin zu, der keinem vorgefassten Plan gefolgt sei.<sup>60</sup> Das muss allerdings bezweifelt werden. Doch kann gefragt werden, ob nicht die Übertragung sowjetischer Vorbilder und Modelle auf die SBZ auch aus dem Umstand resultierten, dass die sowjetischen Verantwortlichen nichts anderes als ihre stalinistische politische und soziale Praxis kannten.

In der Regel untermauern die meisten der einschlägigen neuen Studien auf der Basis nun zugänglicher Primärquellen die richtigen Grundaussagen der älteren Sowjetisierungsforschung und erweitern deren häufig zu kurz greifende Fragestellungen, wissenschaftliche Erkenntnisse und Forschungsperspektiven.

---

<sup>56</sup> Vgl. Gerhard Wettig: Sowjetische Deutschlandpolitik 1945-1990, in: Rainer Eppelmann, Bernd Faulenbach, Ulrich Mählert (Hg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn, München, Wien, Zürich 2003, S. 311-317.

<sup>57</sup> Vgl. Loth, *Stalins ungeliebtes Kind*, S. 223, S. 226, S. 228.

<sup>58</sup> Vgl. Foitzik, *Sowjetische Militäradministration*.

<sup>59</sup> Vgl. Norman Naimark: *Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945-1949*, Berlin 1997.

<sup>60</sup> Vgl. Hannes Adomeit: *Imperial Overstretch. Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev*, Baden-Baden 1998.

Einen interessanten Ansatz für eine systematische, die Enge traditioneller Sowjetisierungsanalysen kennzeichnende Kritik bot Bernd Bonwetsch.<sup>61</sup> Er setzte sich mit verschiedenen Richtungen einer politikgeschichtlich orientierten Forschung auseinander, die Sowjetisierung entweder als „kommunistischen Imperialismus“ und „Interessensphärenpolitik“ oder als „Folge innerer Dynamik“ beschrieb. Michael Reiman kam 1991 zu einem ähnlich kritischen Befund. Er forderte zu Recht eine ausgewogene Untersuchung der kulturell-zivilisatorischen Dimension der Sowjetisierung in den ost- und südosteuropäischen Staaten und lenkte die Aufmerksamkeit auf sozioökonomische Umgestaltungsprozesse.<sup>62</sup> Einen Erfolg versprechenden analytischen Zugang auf das Sowjetisierungsthema verspricht die von Wolfram Hanrieder und James N. Rosenau entwickelte Theorie einer penetrierten Gesellschaft.<sup>63</sup> Sie wird vor allem bei der Herausarbeitung des Wechselverhältnisses von sowjetischen und nationalen Sowjetisierungsinteressen und bei der Analyse der Haltung nationaler Kräfte erkenntnisleitend sein.

Wenngleich in zunehmendem Maße Sowjetisierungszusammenhänge untersucht werden und dabei bereits ein multidisziplinäres Vorgehen gewählt wurde,<sup>64</sup> zeigt sich immer noch ein Mangel sowohl an übergreifenden erkenntnisleitenden Fragestellungen als auch an inhaltlichen Verklammerungen der Analysen von Sowjetisierungssachverhalten. Das trug mit dazu bei, dass neue verallgemeinernde Darstellungen der Sowjetisierung auf nationalen Territorien und als Gesamterscheinung fehlen. Leonid Gibianskij versuchte in den letzten Jahren eine stärkere Systematisierung von Zielen, Strukturen und Mechanismen der Sowjetisierung in Osteuropa und eine Typologisierung von Sowjetisierungsgrundlagen und -bedingun-

---

<sup>61</sup> Vgl. Bernd Bonwetsch: Die Sowjetisierung Osteuropas: Moskaus Politik im Interpretationswandel, in: Eva Schmidt-Hartmann (Hg.): Kommunismus und Osteuropa, München 1994, S. 89-99.

<sup>62</sup> Vgl. Reiman, „Sowjetisierung“ und nationale Eigenart, S. 3-5.

<sup>63</sup> Hanrieder sieht die Bedingungen für ein penetriertes System dann als gegeben an, wenn äußere Ereignisse den Bestimmungsfaktor für die Grundlagen der politischen Ordnung sowie für die Mobilisierung von Unterstützung für diese Ordnung bilden und zudem eine breite Einigkeit darüber besteht, diesen von außen gesteuerten Einfluss auch selbst zu wollen. Vgl. Hanrieder, West German Foreign policy, S. 230. Rosenau führt diesen Gedanken fort, wenn er meint, dass eine von außen betriebene (fremde) Penetration von Verhältnissen und Politik eines Landes sowohl die Mitwirkung dessen Eliten als auch die freiwillige oder erzwungene Duldung der Beherrschten im unterschiedlichen Maße voraussetzt. Vgl. Rosenau, The Scientific Study of Foreign Policy, S. 137-169.

<sup>64</sup> Vgl. dazu Hans Lemberg, Vorwort, in: ders. (Hg.), Sowjetisches Modell und nationale Prägung, S. XIV.

gen in den Ostblockstaaten.<sup>65</sup> Obwohl seine politikgeschichtliche Herangehensweise auf Grenzen stieß, trugen seine Arbeiten vor allem durch prozessuale Vergleiche der Sowjetisierung in den ersten Nachkriegsjahren verschiedener ost- und südosteuropäischer Staaten zu Erkenntnisfortschritten bei. Erkenntnisgewinn erbrachte auch die Herausarbeitung allgemeiner Merkmale der Sowjetisierung in der SBZ/DDR und in den „Volksdemokratien“. Hier präziserte und erweiterte u.a. Wolfgang Geier den Merkmalskatalog.<sup>66</sup>

Insgesamt ist in der deutschen und internationalen einschlägigen Forschung ein großes Meinungsspektrum und eine relativ große Breite von Interpretationsmustern auszumachen. Bonwetsch ist aber sicherlich im Recht, wenn er die Historiographie der osteuropäischen Länder und die der Staaten der ehemaligen Sowjetunion ähnliche Interpretationswege gehen sieht wie die westliche.<sup>67</sup>

## *XII. Offene Fragen, neue Untersuchungsfelder und Vergleichsmöglichkeiten*

In der bisherigen DDR-Sowjetisierungsforschung zeigen sich in den Bereichen Kultur und Alltag, in Abstufung auch Wirtschaft und Soziales, immer noch große Defizite, während die Felder Politik, Sicherheit sowie Parteien und Organisationen besser untersucht sind. Gerade auf diesen Gebieten hat die systematische Arbeit des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam reiche Früchte getragen.<sup>68</sup> Wesentliche Erkenntnisfortschritte sind in Zukunft offensichtlich dann zu erwarten, wenn man, wie eingangs verlangt wurde, Ostdeutschland stärker in den Gesamtzusammenhang der europäischen, möglicherweise auch außereuropäischen Sowjetisierung stellt und sie als Nachkriegsphänomen des Kalten Krieges international sowie blockintern analysiert. Damit stellt sich vor

---

<sup>65</sup> Leonid Gibianskij: Die Herausbildung des sowjetischen Blocks und Projekte osteuropäischer Föderationen in den vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 6.2 (2002), S. 206-225 und ders., Sowjetisierung Osteuropas – Charakter und Typologie, in: Lemke, Sowjetisierung und Eigenständigkeit, S. 31-79.

<sup>66</sup> Vgl. Wolfgang Geier: Zeitbrüche im Osten. Ansätze vergleichender sozial- und kulturwissenschaftlicher Forschungen, Wiesbaden 1995, S. 159-164.

<sup>67</sup> Vgl. Bonwetsch, Die Sowjetisierung Osteuropas, S. 87.

<sup>68</sup> Ein Resumé der Arbeit des ZZF-Forschungsprojektes findet sich in: Michael Lemke: Die SBZ/DDR zwischen Sowjetisierung und Eigenständigkeit – Handlungsspielräume und Entscheidungsprozesse 1945-1963. Ergebnisse, Forschungsfragen und Ausblick, in: Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 2002, München 2003, S. 39-44.

allem die Frage nach den Möglichkeiten eines Vergleiches zwischen Staaten im sowjetischen Machtbereich.

Die Untersuchung der Sowjetisierung ist bislang von einem generellen Defizit der Forschung gekennzeichnet: Als vorrangig europäisches Problem gesehen, klammert sie Sowjetisierungsprozesse in Asien – etwa in Korea,<sup>69</sup> Vietnam und (möglicherweise) in China – und damit weitreichende Vergleiche aus. Aber auch hier muss sich die historische Analyse vom Problem der sowjetischen und nationalen Interessen in den einzelnen Sowjetisierungsländern leiten lassen. Welche strategischen, politischen und wirtschaftlichen Ziele, aber auch historische und mentale Motive waren für die Sowjetunion handlungsbestimmend und welche für die nationalen kommunistischen Parteien? Es ist sowohl die konkrete Ausgangssituation der betroffenen Staaten nach 1944/45 zu untersuchen als auch die Frage zu stellen, welche nationalen Prädispositionen eine von außen oktroyierte Sowjetisierung begünstigten oder aber erschwerten. So ist in den meisten ehemaligen Ostblock-Staaten noch wenig untersucht, welche Voraussetzungen dafür bei Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten bestanden und wie sich Zustimmung, Ablehnung und Ambivalenz zueinander verhielten. Wie und in welchem Umfang übernahmen nationale kommunistische Führungen das stalinistische Modell der Parteidisziplinierung und lernten auch den Einsatz von Terror von der Sowjetunion? Bildeten sich Zweckbündnisse zwischen ganz bestimmten sowjetischen und nationalen Parteiführern heraus? Bislang ist nur ansatzweise geklärt, ob und wie gleichlaufende Konzepte verschiedener Gruppierungen jeweils der sowjetischen und der nationalen kommunistischen Partei kombiniert wurden oder kollidierten. Schlugen sich innersowjetische Führungskonflikte und Kurskorrekturen auf die Widersprüche und Auseinandersetzungen innerhalb der einzelnen nationalen kommunistischen Parteien nieder? Gab es Unterschiede zwischen der Partei- und Staats- sowie Wirtschaftsbürokratie? Welche

---

<sup>69</sup> Im koreanischen Fall hat die intensive Zusammenarbeit zwischen dem Potsdamer ZZF und Seouler Forschungsinstitutionen (u.a. dem Institut für Koreanische Historische Studien, Yonsei University) u.a. anlässlich der gemeinsamen Konferenzen (1994 in Seoul und 1995 in Potsdam) beachtlichen Forschungsgewinn erbracht. Wenngleich detaillierte Analysen noch fehlen, lässt sich eine allgemeine Sowjetisierung Nordkoreas, trotz äußerlich ähnlicher Entwicklungen in Politik, Gesellschaft und Herrschaft kaum nachweisen. Hier scheint sich die These zu bestätigen, dass nationale (in Korea vor allem antikoloniale) Wurzeln und Traditionen, zuvorderst Elemente des Konfuzianismus und eines besonderen Personenkults, sowie das Fehlen direkter Eingriffsmöglichkeiten der Sowjetunion wie ebenfalls zumindest zeitweilig enge Beziehungen zu China eine Sowjetisierung des „Typs DDR“ verhinderte. Ob die UdSSR eine Modellübertragung verfolgte, ist bislang gleichfalls nicht erkennbar.

Rolle spielte in den einzelnen Parteien eine interne Opposition; wie äußerte sie sich und wie gingen die Führungen und Apparate mit ihr um?

Doch bezog sich die Sowjetisierung eben nicht nur auf die stalinisierten Parteien, sondern auf die gesamten Gesellschaften. Allerdings waren politische und soziale Kräfte in Sowjetisierungsprozesse nicht in gleichem Maße involviert und nicht alle waren Betroffene im Sinne passiv Hinnehmender. Wer unterstützte die Sowjetisierung oder tolerierte sie aus welchen Gründen und wo artikulierten sich passive Resistenz und aktiver Widerstand? Die Beantwortung dieser Fragen wurde bislang durch die finale Betrachtungsweise der Sowjetisierung erschwert. Zum einen führte die Reflexion des Untergangs des Ostblocks als vorherbestimmt und zwingend zu einer Unterschätzung der Anpassungsleistungen verschiedener sozialer Schichten und Gruppen in den betroffenen Ländern und zum anderen wurde zu wenig berücksichtigt, dass die Zerstörung der früheren Staats- und Gesellschaftsordnungen (bereits vor 1945) nicht alleiniges Werk der Sowjetisierung war.<sup>70</sup> Kritik an Einseitigkeiten der historischen Analyse relativiert allerdings nicht, „dass Osteuropa nach 1945 mit brutalen stalinistischen Methoden sowjetisiert wurde.“<sup>71</sup> Doch nicht nur ist die Frage legitim, ob es in einigen Fällen nur eines Moskauer Anstoßes für die Sowjetisierung bedurfte, die sich dann selbst trug und „nationalen“ Gesetzen folgte: Es muss auch gefragt werden, ob nicht die nationalen kommunistischen Führungen – in Umkehrung gleich gelagerter sowjetischer Absichten – die sowjetische Vormacht für die eigenen Zwecke, einschließlich interner Machtkämpfe (wie in Rumänien), instrumentalisierten.

Die Frage der Effektivität der Sowjetisierungspolitik thematisiert insbesondere das Verhältnis von sowjetischem Impetus und tatsächlichen Ergebnissen. Sie bleibt an das Problem nationaler Spezifika gebunden. Schwierigkeiten entstehen weniger bei der Definierung allgemeiner Merkmale der Sowjetisierung, die hinlänglich bekannte Gemeinsamkeiten der Entwicklung in den verschiedenen Ländern festhalten, als von Unterschieden. Sie treten erst in dem Maße hervor, wie die Merkmale der nationalstaatlichen Entwicklungen herausgearbeitet und miteinander verglichen werden. In diesem Zusammenhang erscheint es als lohnenswert, das Verhältnis von Sowjetisierung und „Nationalkommunismus“ und die Dynamik einer ebenfalls außenpolitisch und kommerziell relevanten „nationalen Staatsräson“ weiter zu untersuchen. Sie war mit sowjetisch determinierter Blockdisziplin nie deckungsgleich. Auch ist der Frage verstärkt nachzugehen, ob es in den einzelnen Staaten Inkubationsperioden, retardierende

---

<sup>70</sup> Vgl. Reiman, „Sowjetisierung“ und nationale Eigenart, S. 5.

<sup>71</sup> Bonwetsch, Die Sowjetisierung Osteuropas, S. 86.

Momente und gar rückläufige Tendenzen einer Sowjetisierung gab und – wie in der DDR – Sowjetisierungsschübe.

Diese Probleme lassen sich in Deutschland und international zum einen nur multidisziplinär klären – worauf hier nicht eingegangen werden kann – und zum anderen durch eine weitere Methodendifferenzierung. Dabei werden Vergleiche eine zunehmende Bedeutung erlangen.

Komparative Methoden sind bei der Bestimmung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden, besonders von systemspezifischen Konstanten und Variablen der Sowjetisierung im gesamten kommunistischen Herrschaftsbereich, aber auch innerhalb der einzelnen Länder, unverzichtbar. Ein Vergleich setzt systematische nationale Forschung zum Problem und verwertbare Ergebnisse voraus. Doch gerade an diesen scheint es noch zu mangeln. Den nationalen Analysen fehlt es weiterhin an übergreifenden erkenntnisleitenden Fragestellungen und inhaltlicher Verklammerung. Eine Ursache dafür liegt in der bei allen Fortschritten weiter ungenügenden Zusammenarbeit zwischen deutschen Forschern und denen in den Nachfolgestaaten des Ostblocks, aber auch in anderen Ländern. Parallele Entwicklungen in Polen, der ČSR, Ungarn und anderswo werden in der Regel gegenübergestellt, aber nicht wirklich unter gemeinsamen Problemstellungen verglichen.

Der innersystemische Vergleich könnte sowohl alle Staaten im europäischen Einflussbereich der UdSSR erfassen als auch einzelne Länder oder eine Gruppe von ihnen. So bietet sich, wie ansatzweise geschehen, ein Vergleich der DDR, Polens und der ČSR als strategisches, politisches und wirtschaftliches Dreieck an. Auch aus organisatorischen Gründen der Forschungsk Kooperation mit dem Ausland liegt ein bilateraler Sowjetisierungsvergleich zunächst jedoch näher. Hier könnten Staaten mit ähnlichen politischen, sozialen und ökonomischen Voraussetzungen – etwa die DDR und die ČSR – oder aber, was wissenschaftlich ebenso reizvoll ist, solche mit sehr unterschiedlichen Bedingungen betrachtet werden – vielleicht die DDR und Nordkorea. Ein „universaler“ Vergleich wird nach der Lage der Dinge in den nächsten Jahren schwer möglich sein.

Als Felder bieten sich neben der Stalinisierung der nationalen kommunistischen Parteien ein Vergleich der Modellübertragung auf ausgesuchte gesellschaftliche und staatliche Strukturen und Institutionen an, aber auch die diffizilen geistigen und mentalen Sowjetisierungen. Hier interessieren besonders die Fragen, in welchem Maße die Bevölkerungen im „sozialistischen Lager“ die eigenen „sowjetisierten“ Führungen mit der Hegemonialmacht UdSSR identifizierten und inwiefern bei ihnen selbst ein Identitätswandel stattfand. Fühlten Bulgaren, Rumänen, Polen usw. nur „national“ oder sahen sie sich auch als Angehörige einer „sozialistischen Gemeinschaft“, die vielleicht als politisches Zweckbündnis akzeptiert und

als Möglichkeit ökonomischen bzw. sicherheitspolitischen Überlebens gesehen wurde?

Vielversprechend sind auch komparative Untersuchungen von Sowjetisierungs-Verläufen und Wechselwirkungen vor allem auf politischen und wirtschaftlichen Ebenen und bei konkreten Entscheidungsfindungen sowie von nationalen Sowjetisierungsmethoden. Einen anderen Schwerpunkt könnten Vergleiche zwischen den Trägern und Gegenkräften der Sowjetisierung bilden. Aber auch spezielle Fragen u.a. nach der Korrelation von Sowjetisierung und Modernisierung der ost- und ostmitteleuropäischen oder auch asiatischen Gesellschaften sowie der sowjetische Einfluss auf ihren Alltag sollten als potentielle Themen gelten. Als wichtig erscheint auch ein Vergleich von außenpolitischen Sowjetisierungen bzw. sowjetischen Einflussnahmen. Hier treten zwischen den Ostblockstaaten sichtbare Unterschiede zutage. Ein immenser Forschungsbedarf besteht beim systeminternen Vergleich der Ostintegration, insbesondere bei der Erhellung von sowjetisierenden Funktionen und Wirkungsweisen der RGW und des Warschauer Paktes.

Auch wird – wie angedeutet – eine wissenschaftlich interessante Vergleichsebene durch das Spannungsverhältnis zwischen Sowjetisierung und Amerikanisierung eröffnet. Diese beiden, die deutsche Nachkriegsgeschichte massiv beeinflussenden Richtungen, die aus einem vergleichenden Blickwinkel und aus beziehungsgeschichtlicher Perspektive gesehen werden müssen, betreffen vorrangig die beiden deutschen Staaten, jedoch keineswegs ausschließlich.



## **Resümees / Abstracts\***

**Dr. Jeremy Krikler, Senior Lecturer, Department of History,  
University of Essex**

This article explores the factors that restrained a bout of racial violence which erupted during a white miners' strike in South Africa in 1922. Far fewer lives were taken during the violence than might have been the case, given that the perpetrators of the killings were drawn from an armed and militarised community. As the analysis demonstrates, the pogrom was limited by actions undertaken by the police, by various whites linked to potential black victims, by black resisters themselves, and by personnel from the organisations of white labour. Finally, it is argued that the enmeshment of whites and blacks in master-servant relations created such familiarity and connections between the races that the potential for demonising black people was limited. This, it is suggested, was decisive for restricting the scale of the pogrom.

**Prof. Dr. Michael Lemke, Zentrum für Zeithistorische Forschung  
Potsdam / Humboldt-Universität zu Berlin**

Der Beitrag beschäftigt sich am Beispiel der SBZ/DDR mit Fragen der Sowjetisierung nach 1945. Im Zentrum stehen Ziele, Strukturen, Methoden und Wirkungsweisen der Sowjetisierung wie auch die Interessen, Handlungsspielräume und Interaktionen der sie tragenden und der von ihr betroffenen Kräfte. Die Forschung sollte, so wird hier argumentiert, stärker vergleichende Analysen vorlegen und damit zur Internationalisierung und Verortung des Phänomens Sowjetisierung im Kalten Krieg beitragen. Der Verfasser entwickelt dazu erste Fragen und Vorschläge.

**Dr. Michael Ploenus, Leiter der Geschichtswerkstatt Jena**

Der marxistisch-leninistischen Durchdringung des Hochschullebens kam in der DDR eine besondere Bedeutung zu. 1951 wurde ein für alle Studenten verbindliches Gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium eingeführt, später marxistisch-leninistisches Grundlagenstudium (MLG) genannt, das bis zum Herbst 1989 bestehen blieb. Für seine Realisierung zeichneten eigens installierte Abteilungen, Institute bzw. Sektionen verantwortlich. Der

---

\* In der Reihenfolge der Beiträge.

Beitrag geht dem Verschwinden dieser universitären Lehr- und Propagandaabteilungen im Zuge der „Wende“ am Beispiel der Universität Jena nach. Trotz des speziellen Lokalkolorits sind die wesentlichen Grundzüge paradigmatisch für vergleichbare Einrichtungen der DDR.

**Thomas Pruschwitz, Student, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**

Heinz Schwarz, SED-Funktionär und ehemaliger Generaldirektor des Chemiekombinats Bitterfeld, spricht in diesem Interview über seine persönliche Bekanntschaft zu Walter Ulbricht, bewertet die Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Ära Honecker ebenso wie die Niederschlagung des 17. Juni 1953 und den Mauerbau im August 1961. Der heute in Halle lebende Schwarz beschreibt aus seiner Perspektive die Wechselwirkungen zwischen Staatssicherheit, Staats- und SED-Funktionären in einem der führenden chemischen Großbetriebe der DDR. Seine Betrachtungen bieten Anknüpfungspunkte für weitere Forschungen über die Träger des SED-Staates unterhalb der obersten Führungsebene.

**Inga Grebe, Doktorandin / Dr. Jana Wüstenhagen, Hochschulassistentin – beide Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**

Die Autorinnen geben einerseits einen allgemeinen Überblick über die Archivsituation in Chile (2001) und Argentinien (2005) und gehen andererseits konkret auf die Bestände einzelner Archive (Nationalarchiv, Außenministerium, Wirtschaftsministerium, etc.) in Santiago de Chile bzw. Buenos Aires ein. Im Mittelpunkt stehen archivalische Quellen für die Zeit nach 1945. Inga Grebe suchte nach Dokumenten zur Außenpolitik der DDR gegenüber Chile seit 1949. Jana Wüstenhagen beschäftigte sich mit der Beschlagnahme deutscher Firmen in Argentinien durch den argentinischen Staat nach dem 2. Weltkrieg. Beide Verfasserinnen ermuntern ausdrücklich zu weiteren Forschungen über und in Lateinamerika, wo es in den letzten 10 Jahren einige Verbesserungen in der Bibliotheks- und Archivverwaltung gegeben hat. Am Ende des Berichts findet sich eine Liste mit den Adressen und Kontaktmöglichkeiten der besprochenen Institutionen.

## **Impressum:**

### **Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte**

Herausgegeben von Jana Wüstenhagen und Daniel Bohse

Die „Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte“ erscheinen mindestens einmal jährlich in loser Folge. Sie wurden 1996 von Hermann-J. Rupieper (†) begründet, um eine Plattform für NachwuchswissenschaftlerInnen und herausragende studentische Arbeiten zu schaffen. Aufgenommen werden vorrangig Beiträge in deutscher und englischer Sprache, denen Quellen zugrunde liegen, die zuvor noch nicht publiziert wurden. Vorschläge für Veröffentlichungen nimmt die Redaktion entgegen. Manuskripte können postalisch oder per E-Mail eingesandt werden. Ein Recht auf Veröffentlichung besteht nicht. Nach Rücksprache mit den Autoren können angenommene Beiträge auch im Internet veröffentlicht werden. Jeder – auch auszugsweise – Nachdruck und die Verbreitung über andere Medien bedürfen der Genehmigung der HerausgeberInnen.

Redaktion: Daniel Bohse (v. i. S. d. P.), Denise Wesenberg,  
Dr. des. Christina Schröder  
[www.geschichte.uni-halle.de/halbz/halbz](http://www.geschichte.uni-halle.de/halbz/halbz)

Gestaltung: Pepe Kooperation, Annett Sonntag, Halle (Saale)  
[www.pepe-kooperation.de](http://www.pepe-kooperation.de)

Druck: Druckerei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Hoher Weg 4, 06120 Halle (Saale)

Kontakt: Redaktion  
Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg  
Institut für Geschichte  
06099 Halle (Saale)  
Germany  
Tel.: + 49 345 5524294  
Fax: + 49 345 5527042  
E-Mail: [redaktion.halbz@geschichte.uni-halle.de](mailto:redaktion.halbz@geschichte.uni-halle.de)

ISSN: 1433-7886